

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Blocher: Der



Geschichtsverdreher Seiten 2, 8-9

Coiffeur-Unternehmer Fernando Mutti prellt Angestellte um ihren Lohn. Carolina Pereira ist eine von ihnen.



Aufstand gegen Mutti

Seite 3

Italienische Misere

Italien wählt – und das Resultat wird nicht schön. Seite 7



Industrie-GAV: Es geht los!

Die Forderungen der Unia liegen auf dem Tisch. Seite 5

Ralph Wicki

Der Menschenflüsterer vom Radio-Nachtclub im Portrait. Seite 16

Rente: Das wird neu

Alle Änderungen bei Pensionskasse, AHV und Krankenkasse in der grossen work-Übersicht. Seiten 12-13



workedito
Marie-Josée Kuhn

WILLE & WAHN

Wir haben die AHV und die IV. Wir haben die Proporzwahl bei den Nationalratswahlen. Wir haben die 5-Tage-Woche. Und wir haben das Frauenwahl- und -stimmrecht. All diese Errungenschaften gehören heute fest zur Schweiz, so wie Ricola und Matterhorn. Sie erlebten ihre Geburtsstunde am Generalstreik von 1918. Es ist Winter, es ist Hunger, es ist Krieg. Wer ins Militär muss, bekommt keinen Lohnausfall. Arbeiterfamilien darben. Nur die

Blocher verdreht die Geschichte des Landesstreiks.

Reichen, die leben gut. Unternehmer und Aktionäre streichen sagenhafte

Renditen ein. Schieber und Spekulanten feiern Hochkonjunktur. Die Verbitterung der Arbeiterinnen und Arbeiter ist ein Pulverfass. Am 9. November explodiert es: Das Oltener Aktionskomitee ruft den Landesstreik aus. Arbeiterführer Robert Grimm übernimmt. 250 000 Menschen streiken. Und fordern eine AHV, das Frauenstimmrecht, die 6-Tage-Woche usw. Ein Volksaufstand. Doch General Ulrich Wille sieht rot. Er schickt die Armee aus. In Grenchen töten sie drei junge Männer. Zwei davon mit einem Schuss in den Hinterkopf.

GROSSVATER. Und jetzt kommt SVP-Führer Christoph Blocher und will feiern. Nein, nicht die Geburtsstunde der sozialen Schweiz. Sondern jene, die sie partout verhindern wollten. Blocher will Wille würdigen – und dessen Anpfiff zum Blutbad. Wille, diesen grossbürgerlichen Militärkopf. Wille, diesen glühenden Bewunderer des deutschnationalistischen Kaisers Wilhelm II. Wille, der auch den Grossvater von Historiker und Journalist Stefan Keller gegen die Büezer losschickte. Er war Bauer. Er war Dragoner. Im werk erzählt sein Enkel nun, wie sie Grossvater schikanierten. Offiziere, Feldweibel, «diese Herrensöhnchen». Wie er gefroren und gehungert hat. Und wie er Jahre später am Sinn seines Einsatzes gezweifelt hat. Obschon er kein Linker war (Seiten 8–9).

NAZIFREUND. Wo ein Wille ist, ist auch ein Wahn: Der General und sein Oberstdivisionär, Nazifreund Emil Sonderegger, verhetzten den grössten Volksaufstand in der Schweizer Geschichte als ferngesteuerten Bolschewiken-Putsch. Und Milliardär und Oberst Blocher tut es heute noch. Aller seriösen historischen Forschung zum Trotz. Die Landesstreikforderungen waren die Blaupause für die heutige Schweiz. Doch unbelehrbar verdreht Blocher weiterhin die Geschichte. Wozu? Die Vergangenheit soll die Gegenwart rechtfertigen. Soll die Politik der SVP legitimieren: Ihren Angriff auf die AHV. Ihren Angriff auf Lohnschutz und flankierende Massnahmen. Ihre Mobilmachung gegen Linke und Gewerkschaften.

Postauto AG verschob Gewinne und kassierte mehr Subventionen
Bschiss mit politischem Anlauf

Am Millionen-Wirbel um die Postauto-Subventionen lässt sich zeigen, wer wirklich falschspielt beim Service public. Es sind nicht die Buchhalterinnen und Buchhalter.

CLEMENS STUDER

Worüber man redet...

Die Postauto AG hat während Jahren insgesamt gut 90 Millionen Franken Subventionen ungerechtfertigt kassiert. Damit dies gelang, liessen die Verantwortlichen seit Jahren Gewinne aus dem subventionierten Bereich verschwinden und in der Rechnung des nicht-subventionierten Teils wieder auftauchen. Subventioniert ist die Sparte «Regionaler Personenverkehr», sie macht rund 85 Prozent des Umsatzes aus. Verschoben wurden insgesamt etwas über 90 Millionen Franken, 13 davon hat das Bundesamt für Verkehr bereits früher zurückgefordert. Aktuell geht es noch um 78 Millionen Franken. Das sind rund 3 Prozent der Subventionszahlungen. Um die Gewinne zu verschieben, wurden etwa Pneu verbucht, die

Tütato, Poschtauto, het e Flo weiss ned wo

gar nie angeschafft worden waren. Das ist nur ein Beispiel von rund 200 000. Der Postauto-Chef und sein Finanzchef wurden abgesetzt. Post-CEO Susanne Ruoff wäscht bisher ihre Hände in Unschuld. Aufgeflogen ist die ganze Sache, weil die Post-Verantwortlichen die Gewinnumleitung mit einer neuen Firmenkonstruktion quasi offizialisieren wollten.

... und worum es wirklich geht

1998 wurde die altehrwürdige PTT in die Post und die Swisscom aufgespalten. Dem neoliberalen Zeitgeist entsprechend, kam die Swisscom an die Börse (immerhin konnten bisher alle Versuche gestoppt werden, die Bundesmehrheit auch noch zu verscherbeln). Die Post blieb zu 100 Prozent im Besitz des Bundes. Trotzdem spielten auch die Post-Manager, noch so gerne getrieben von der Politik, Monopoly mit Volksvermögen: runter



AUSGETUTET? Noch wäscht Post-Chefin Susanne Ruoff ihre Hände in Unschuld in der Affäre um die abgezweigten Subventionsmillionen. FOTOS: KEYSTONE, MONTAGE: WORK/TNT GRAPHICS

mit den Kosten, weniger Service public, mehr Managerlöhne. Konkrete Folgen: Hunderte Stellen weg, Hunderte Poststellen geschlossen, weniger Service und schlechtere Arbeitsbedingungen. Der von Post-Chefin Susanne Ruoff (Jahreseinkommen 2016: 974 178 Franken) ausgenutzte digitale Wandel der Post ist bis jetzt in erster Linie ein analoger Abbau beim Angebot und bei den Arbeitsbedingungen. So werden unter Ruoff konsequent Stellen ausgelagert. Die Absicht dahinter: «ausgelagerte» Mitarbeitende unterstehen nicht mehr dem Post-GAV. So arbeiten die Verkäuferinnen, die in den Dorfläden Postaufgaben erfüllen, zu wesentlich schlechteren Bedingungen als die Schalterangestellten. Das gleiche gilt für die «ausgelagerten» LKW-Chauffeure. Und in den Verteilzentren werden

Tütato, Poschtauto, faart i Dräck, ooni Späck

zum Teil fast die Hälfte der Beschäftigten über Temporärbüros eingestellt. Von der verlässlichen

Service-public-Erbringerin ist die Post zum profitgetriebenen Unternehmen geworden. Das ist ein «fundamentaler Zielkonflikt», wie der abgesetzte Postauto-Chef Daniel Landolf richtig sagt.

Was man jetzt nicht tun sollte...

Die Ideologen des Marktes nehmen den Wirbel um die umgeleiteten Subventionen bei der Postauto

Tütato, Poschtauto, chunt wider use, geit ga pfuse

AG natürlich nicht als Versagen ihrer Theorie: nicht als logische Folge der Gewinnmaximierung. Im Gegenteil, sie nehmen sie als Einladung, bei der Post noch radikaler auf Profit zu trimmen. Dass dabei noch mehr Service public verloren ginge, nehmen sie nicht einfach in Kauf, es ist ihr politisches Ziel. Die ersten entsprechenden Wortmeldungen aus FDP und SVP sind schon da.

...und was zu tun wäre

Die Verantwortlichen für die «Geister-Pneu»-Buchungen gehören er-

mittelt und gegebenenfalls bestraft. Interessant sind vor allem ihre Motive. Die Untersuchung läuft. Ob dabei «Köpfe rollen» (Zi-

Tütato, Poschtauto liit im Grabe chunt wider use ooni Schade

tat Bundesrätin Doris Leuthard), werden wir sehen. Ebenso wichtig wäre, den Buchungsskandal zum Anlass zu nehmen, den verqueren Umgang mit ehemaligen Service-public-Säulen zu beenden. Sie dürfen nicht länger (politisch gewollt) Kletterstangen für Gewinnoptimiererinnen und Gewinnoptimierer sein. Post und SBB sind Infrastruktur, und sie müssen der Allgemeinheit dienen. Sie müssen nicht um jeden Preis rentieren, sie müssen funktionieren. Sie müssen ihre Dienstleistungen zu angemessenen Arbeitsbedingungen erbringen. Und an ihren Spitzen dürfen statt bonigetriebenen CEO gerne wieder Generaldirektorinnen und Generaldirektoren stehen, die nicht mehr verdienen als ein Bundesrat.

Endo Anaconda worksms

An Magdalena Martullo-Blocher

Trotz tiefster Zuwanderung seit 10 Jahren wollen Sie die Personenfreizügigkeit wegen der flankierenden Massnahmen kübeln. Dabei ist die Schweiz die perfekte Alternative zu Deutschland. AfD-Alice Weidel ist ja schon da. Wir haben eine von der SVP blockierte Grosse Koalition (namens Bundesrat) – aber dank politischer Vernunft und den Gewerkschaften kein Hartz IV und keine Saisonierbaracken mehr. Das scheint Ihrer Tafelrunde sauer aufzustossen. Sie missgönnen uns alles, was über Fressen, Schlafen und Arbeiten hinausgeht. Das ist Klassenkampf von oben herab, wirtschaftsfeindlich, 1918 stehengeblieben. Hellebardengerassel!

Endo

Ihr SMS an Endo: 077 437 56 82

Abstimmung vom 4. März
No Billag: Wer liest, sagt Nein!

Absetzbewegungen: Am 12. Februar wurde Niels Rosselet-Christ klar, dass er «die Interessen der regionalen Medien schützen» will. Seine Erkenntnis teilte der Neuenburger SVP-Grossrat umgehend dem lokalen Fernsehsender «Canal Alpha» mit. Bemerkenswert an diesem Vorgang: Niels Rosselet-Christ war bis dahin Co-Präsident des Neuenburger No-Billag-Komitees. Der Aargauer SP-Nationalrat Cédric Wermuth kommentierte Rosselet-Christ's plötzlichen Gesinnungswandel auf Twitter sec: «Wieder einer, der gerade den Initiativtext entdeckt hat.»

BIGLER ALLEIN ZU HAUSE. Den Initiativtext bereits vor Rosselet-Christ genau gelesen haben die Gewerbler der Kantone Aargau, Freiburg, Genf, Neuenburg, Schwyz, Solothurn, Tessin, Waadt und Wallis. Sie sagen

Nein zu No Billag, die die SRG zerschlagen will (siehe work-Dossier: rebrand.ly/nobillag). Die Sektionen Basel-Land, Bern, Luzern, Nidwalden, Obwalden, Schaffhausen, St.Gallen, Uri und Zug fassten entweder keine Parole oder beschlossen Stimmfreigabe. Bis Redaktionsschluss folgten von 26

Immer mehr Gewerbler sind gegen No Billag.

Kantonalverbänden gerade mal drei (Basel-Stadt, Graubünden und Zürich) ihren nationalen Funktionären.

Das ist besonders für Gewerbeerbandsdirektor Hans-Ulrich Bigler bitter. Er kämpft an vorderster Front, gerne auch unter der Gürtellinie und mit Fake-News, für die Zerschla-

gun der SRG (work berichtete). Sein Furor könnte für Bigler auch über den Abstimmungstermin vom 4. März hinaus Folgen haben. Mit dem Einsiedler CVP-Nationalrat und Bierbrauer Alois Gmür droht ein politisches Schwergewicht mit dem Austritt aus dem Gewerbeverband. Denn die Anti-SRG-Kampagne ist nicht der erste Hassritt von Bigler, der die Verbandsmitglieder irritiert. (cs)



FERNANDO MUTTI: Er macht Ferien, und die Angestellten warten auf den Lohn.
FOTO: ZVG



Coiffeurmeister Fernando Mutti schuldet den Angestellten 50 000 Franken oder noch mehr

Malediven-Mutti auf Tauchstation

Die Löhne kamen erst nur tröpfchenweise und dann gar nicht mehr. Jetzt hat Coiffeuse Carolina Pereira (23) die Nase voll.

CHRISTIAN EGG

Anstatt auf Ende Monat erhielt sie ihren Lohn jeweils erst im nächsten Monat. Und tröpfchenweise: «Mal gab es 500 Franken, dann drei Tage später noch mal 200 Franken – wie der Chef grad Lust dazu hatte», erzählt Coiffeuse Carolina Pereira. Und ihr Ärger über ihren ehemaligen Chef, Fernando Mutti, ist gut hörbar.

Der 54jährige Coiffeurmeister ist Geschäftsführer und Mitinhaber der Firma Selcore und war Herr über acht Coiffeursalons von Ostermündigen BE bis St.Gallen (siehe Kasten links).

Im Coiffeursalon du Marché in Zürich, wo Pereira gearbeitet hat, habe Mutti mindestens sechs Beschäftigten den Lohn jeweils verspätet ausbezahlt, sagt die junge Frau. Und ihre Ex-Kollegin aus der Center Coiffure in Ostermündigen, Sabrina Landis* erzählt, bei ihnen sei's nicht besser gewesen: «Am Anfang kam der Lohn noch pünktlich, dann Monat für Monat immer später.»

Alles in allem hat Mutti Pereira bis heute rund 1500 Franken nicht bezahlt. Bei Sabrina Landis sind es sogar mehrere Tausend Franken. work weiss: Alleine bei den Coiffeusen und Coiffeuren in Ostermündigen sind mindestens 40000 Franken ausstehend.

Coiffeuse Maria Blanco ging sogar vor Arbeitsgericht, um zu ihrem Geld zu kommen. Gut 3000 Franken schuldet ihr Mutti als Verantwortlicher der Firma Selcore. Doch weder er noch sonst

* Name geändert

ein Firmenvertreter erschien zur Verhandlung. Das Gerichtsurteil ist klar: Mutti beziehungsweise die Selcore muss den Betrag zahlen. Doch Mutti ignoriert sogar den Richterspruch. Jetzt hat Blanco die Betreuung eingeleitet. Sie sagt: «Ich will einfach den Lohn, der mir zusteht, das ist nichts als recht.»

CHEF AM RELAXEN

Statt die Löhne zu zahlen, liess es sich Chef Mutti gutgehen. So reiste er vor einem Jahr etwa auf die Malediven – und schickte den Mitarbeitenden per Whatsapp ein Foto vom Strand. Mit dem Kommentar: «...musste mal sein!»

Inzwischen hat Malediven-Mutti seine Coiffeurgeschäfte an die Firma Step in Beauty weitergegeben. Und er behauptet in einem Brief an die Angestellten und im Namen der Selcore AG, es sei «im Moment» nicht genügend Geld vorhanden. Selcore würden nun ja die Einnahmen durch die Coiffeurgeschäfte fehlen.

Das ist rechtlich nicht haltbar. Der Berner Unia-Gewerkschafter Fabio Wihler stellt klar: «Bei einer Betriebsübergabe haften die alte und die neue Firma solidarisch. Wenn die Selcore AG kein Geld mehr hat, muss also die Step in Beauty die ausstehenden Löhne bezahlen.»

BEI DER PK GESCHUMMELT

Nicht nur bei den Löhnen trickste Coiffeurmeister Mutti. Dokumente, die work vorliegen, zeigen: Er zog den Angestellten zwar die Beiträge für die Pensionskasse vom Lohn ab, überwies sie aber nicht an die Kasse. Mit dramatischen Folgen: Im letzten April kündigte die Kasse den Vertrag und informierte die Be-

schäftigten, «dass die Deckung für die berufliche Vorsorge beendet ist». Im Fall von Maria Blanco trieb Mutti die Schummelei noch weiter: Er meldete die Coiffeuse gar nie bei der Pensionskasse an. Zug ihr die Beiträge aber stinkfroh vom Lohn ab. Ex-Mitarbeiterin Sa-

«Wir alle wurden nach Strich und Faden belogen.»

SABRINA LANDIS, COIFFEUSE

brina Landis fasst es so zusammen: «Wir alle wurden nach Strich und Faden belogen.»

Die Gewerkschaft Unia prüft jetzt rechtliche Schritte. Für Gewerkschafter Wihler ist schon jetzt klar: «Wir lassen nicht locker, bis die Geschädigten zu ihrem Geld gekommen sind.»

Weder Fernando Mutti noch die beiden Firmen wollten gegenüber work auf Anfrage Stellung nehmen.

Immerhin: Seit die Firma Step in Beauty übernommen habe, kämen die Löhne pünktlich, berichten mehrere Angestellte.

Coiffeur, Gastronom, Casino-Promoter: Mutti hat überall seine Finger drin

Fernando Mutti (54) bleibt nicht nur zahlreichen Angestellten den Lohn schuldig (siehe Artikel rechts). Auch Lieferanten habe er nicht pünktlich bezahlt, berichten zumindest ehemalige Mitarbeiter.

BETREIBUNGEN. Neben der Center Coiffure in Ostermündigen BE ist oder war der Zürcher noch mit sieben weiteren Coiffeurgeschäften verbandelt: In Zürich die Step in Coiffure, die Coiffure du Marché und die Bäcker's Hairlounge, dazu vier Salons unter dem Label Lepota in St. Gallen und Rorschach SG. Dies geht aus der Homepage der Firma Selcore hervor. Dass Mutti auch die Zulieferer hängenliess, hatte unangenehme Folgen fürs Personal. Ex-Mitarbeiterin Sabrina Landis* berichtet: «Immer wieder riefen Firmenvertreter im Coiffeursalon an und forderten Geld.» Mit der Zeit hätten sich diese geweigert, dem Salon weitere Produkte zu schicken. Gewisse Haarfärbemittel seien einfach nicht mehr vorhanden gewesen, sagt die Coiffeuse: «Manchmal

bin ich mir vorgekommen wie eine Bäckerin, die ohne Mehl Brot backen sollte.»

Fernando Mutti wollte sich auf Anfrage von work nicht äussern. Aufschlussreich ist aber sein persönlicher Eintrag beim Kredit-Auskunftsdienst Teledata: Er umfasst ganze acht Bildschirmseiten. Darunter auch eine Betriebsauskunft von 2013. Innert dreier Jahre sind zwölf Betreibungen verzeichnet, mit einer Summe von fast 250000 Franken. Teledata beurteilt Muttis Kreditwürdigkeit als «sehr tief».

CASINO. Mutti ist ein Hansdampf in vielen Gassen: Neben dem Coiffeurbusiness ist er laut Teledata auch an einem Gastrobetrieb, einer Reinigungs- und einer Immobilienfirma massgeblich beteiligt. 2010 war er zudem Projektleiter einer Firmengruppe, die in der alten Börse in Zürich ein Spielcasino eröffnen wollte. Ein Jahr später erlitt er Schiffbruch: Die eidgenössische Spielbankkommission gab einem anderen Projekt den Zuschlag. (che)

Elvetino schafft Strafpunkte ab

ZÜRICH. Die Krawatte vergessen? Ein Strafpunkt. Einer Kundin den Kassenzettel nicht gegeben? Drei Punkte. Bei acht Strafpunkten: Kündigung! Nach diesem schikanösen System versuchte die SBB-Tochtergesellschaft Elvetino, ihre Angestellten zu disziplinieren. Jetzt ist damit Schluss: Gegenüber dem «Kassensturz» des Schweizer Fernsehens räumte ein Elvetino-Sprecher ein, dieses «repressive System» sei nicht mehr «zeitgemäss» und werde abgeschafft. Neu will Elvetino mit Anreizen korrektes Handeln belohnen. Vor zwei Jahren hatte der damalige Elvetino-Chef Wolfgang Winter die Strafpunkte noch verteidigt: Sie seien «wie das Gesetz», nämlich für alle



FOTO: KEYSTONE

gleich. Und: «Wir motivieren niemanden, Fehler zu machen. Den Fehler muss der Mitarbeiter immer selber machen.» Pikant: Im letzten Herbst wurde Chef Winter selber fristlos entlassen. Die SBB hat Strafanzüge gegen ihn wegen Vermögensdelikten eingereicht.

Lohngleichheit: Zaghafte Schritte

BERN. Ein kleiner Fortschritt: Die Kommission des Ständerats sagt Ja zur Revision des Gleichstellungsgesetzes. Diese soll die Lohndiskriminierung der Frauen abbauen. Allerdings hat sie der Minivorlage noch weitere Zähne gezogen: Lohnanalysen sollen nur noch für Firmen mit mehr als hundert Mitarbeitenden Pflicht sein statt ab fünfzig, wie der Bundesrat vorschlägt. Und nach zwölf Jahren solle schon wieder Schluss sein mit Lohntransparenz – egal, ob die Massnahmen Wirkung zeigen oder nicht. Regula Bühlmann vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund zeigt sich enttäuscht: «Das ist nur ein halbherziger Schritt nach vorne.» Nötig seien «entscheidende Verschärfungen», damit das Gesetz auch wirklich etwas bringe.

Mehr Schutz für Näherinnen

DHAKA. Erfolg für die Gewerkschaften in Bangladesh: Ein neues Abkommen sorgt für bessere Sicherheit in über 1200 Textilfabriken. Mindestens zwei Millionen Näherinnen und Näher profitieren davon. Zahlreiche Modefirmen



FOTO: ONEWORLD

haben das Abkommen unterzeichnet, darunter C&A, Esprit, H&M, Mango und Zara. Kontrolleure nehmen ihre Fabriken und die ihrer Zulieferer unter die Lupe und verbessern den Schutz vor Gefahren wie Brand oder Einsturz.

Angriff auf die Sans-papiers

BERN. Die Sozialkommission des Nationalrats will die Rechte von Sans-papiers weiter einschränken. Sie sollen gänzlich von den Sozialversicherungen ausgeschlossen werden. Und Menschen, die Sans-papiers anstellen oder ihnen Wohnungen vermieten, sollen härter bestraft werden. Zudem sollen Schulen gezwungen werden, Sans-papier-Kinder bei den Behörden zu melden. Eine entsprechende Motion hat die Kommission mit 17 zu 8 Stimmen gutgeheissen. Migrationsfachmann Zoltan Doka von der Unia ist entsetzt: «Das ist ein unnötiger Angriff auf Schutzlose. Er trägt in keiner Weise dazu bei, die Situation zu lösen.» In einer Mitteilung fordert die Unia das Parlament auf, dieses Ansinnen abzulehnen.

CAROLINA PEREIRA: Ex-Chef Mutti schuldet ihr rund 1500 Franken.

FOTO: MICHAEL SCHOCH



Elektrikerchefs ausser Rand und Band: Sie wollen 44-Stunden-Woche

Die Stromerchefs fahren frontal: Gleich am ersten Tag der GAV-Verhandlungen kam es deshalb zum Ecclat.

CHRISTIAN EGG

Eigentlich wollten Gewerkschaften und Arbeitgeber am 30. Januar zum ersten Mal über den neuen Elektriker-Gesamtarbeitsvertrag (GAV) verhandeln. Der geltende Vertrag läuft Mitte 2019 aus. Doch es kam anders. Unia-Vizechef und Verhandlungsleiter Aldo Ferrari fasst zusammen: «Das Treffen hat nicht lang gedauert. Wir konnten gar nicht richtig verhandeln.»

Grund waren die völlig überdrehten Forderungen der Patrons unter Verbandspräsident Michael Tschirky: Er will die Arbeitszeit von 40 auf 44 Stunden ausweiten – ohne



«So nicht!»

ALDO FERRARI, UNIA-VIZECHEF

auch nur einen Franken mehr Lohn zu bezahlen. Und er will den Mindestlohn nach der Lehre (derzeit 4525 Franken für Elektromonteurinnen und -monteure) abschaffen. Erst nach einem Jahr Berufspraxis solle überhaupt ein Mindestlohn gelten, so die Idee der Arbeitgeber.

BIGLER LÄSST GRÜSSEN

Unia-Mann Ferrari stellt nun klar: «Auf dieser Basis können wir nicht verhandeln.» Aus den Forderungen höre man eindeutig die forschenden Töne des Gewerbeverbandes. Im November hatte der oberste Gewerbler, Hans-Ulrich Bigler (FDP), die 50-Stunden-Woche gefordert. Ferrari: «Es war offensichtlich: Die Patrons haben die politische Position des Gewerbeverbandes vertreten, anstatt gemeinsam mit den Sozialpartnern die Branche vorwärtszubringen.» Verhandlungsleiter Tschirky ist schliesslich nicht nur Zentralpräsident des Elektrikerverbands. Er sitzt auch in der sogenannten Gewerbechamber, dem «Parlament» des Gewerbeverbandes. Dieses ist zuständig für die Politik.

FRÜHPENSION MIT 62

Rund 18000 Arbeitnehmende sind dem Elektriker-GAV unterstellt. In einer grossen Umfrage auf den Baustellen stellten letztes Jahr 2500 von ihnen die wichtigsten Forderungen für die Vertragsverhandlungen auf:

- einen Anstieg von 150 Franken bei den Reallöhnen und von 200 Franken bei den Mindestlöhnen,
- 20 Franken Verpflegungsspesen statt nur 12 Franken,
- Frühpensionierung mit 62 Jahren,
- fünf Weiterbildungstage pro Jahr statt drei.

Das nächste Treffen der Sozialpartner ist am 28. Februar.

Petition «Gemeinsam für einen besseren GAV»: Jetzt unterzeichnen unter unia.ch/elektro.

SDA: Arbeitskampf wirft Schlaglicht auf stossende Versicherungslücke Ü 58 in der Pensionskassen-Falle

Wer im Alter die Stelle verliert, fällt womöglich in ein Pensionskassenloch. Das droht jetzt auch mehreren langjährigen Mitarbeitenden der Nachrichtenagentur SDA.

PATRICIA D'INCAU

Eiskalt wollte CEO Markus Schwab die Abbaupläne der Verleger umsetzen: Kosten drücken, Stellen streichen, Leute entlassen. Und das alles auf einen Schlag. Der mutige Streik der Angestellten der Schweizerischen Depeschagentur (SDA) hat ihm aber vorläufig einen Strich durch die Rechnung gemacht. Diese wollen sich nicht einfach abservieren lassen. Sie zwangen Schwab und den Verwaltungsrat an den grünen Tisch. Jetzt laufen Verhandlungen.

LÖSUNG IM GESETZ?

Der Arbeitskampf bei der SDA wirft auch ein Schlaglicht auf ein lange vernachlässigtes Problem der zweiten Säule: Wer mit 58 oder 60 entlassen wird und keine Stelle mehr findet, fällt aus der Pensionskasse. Genau das droht jetzt jenen elf SDA-Mitarbeitenden, die 60 und mehr Jahre alt sind. Kaltblütig will sie Chef Schwab in die Arbeitslosigkeit schicken. RAV statt Rente. Dort können die Betroffenen zwar Arbeitslosengeld beziehen. Doch der Versicherungskonzern Swisslife, bei dem sie ihre Pensionskasse haben, setzt sie vor die Tür, wenn sie den Job verlieren. Sie müssten dann ihr Altersguthaben bis 65 auf einem Freizügigkeitskonto parkieren. Oder die Rente vorbeziehen, mit entsprechend grossen Einbussen.

SDA-Redaktor Werner Marti* sagt zu work: «Uns drohen grosse Verluste bei der Rente.» Der langjährige Mitarbeiter sorgt sich um seine Familie mit den drei Kindern, das älteste ist erst 12. Zwar kann er mit Geld aus einem Sozialplan rechnen, doch wie viel das ist, steht in den Sternen. Könnte er weiter einzahlen, wäre sein Verbleib in der Pensionskasse gesichert. Er hat ausgerechnet, dass bei seiner BVG-Rente mehrere Tausend Franken pro Jahr fehlen. Für die Betroffenen der SDA hängt alles davon ab, ob sie eine passable Lösung zur Frühpensionierung durchsetzen

* Name geändert



RAV STATT RENTE: Das droht elf langjährigen SDA-Mitarbeitenden. FOTO: PETER SCHNEIDER/KEYSTONE

können. Ein Angebot, das einsichtige Arbeitgeber von selbst machen. Und auf das langjährige Mitarbeitende auch ein moralisches Anrecht haben. Die Mittel wären vorhanden: Die Nachrichtenagentur sitzt auf satten Reserven von fast 19 Millionen Franken, die sie im Lauf der Jahre aufge-

«Die Versicherungslücke müssen wir per Gesetz aus der Welt schaffen.»

URBAN HODEL, PK-EXPERTE

häuft hat. Doch diese wollen die Verleger, welche Aktionäre der SDA sind, für sich selbst.

In dieser Pensionskassenfalle sitzen in der Schweiz rund zehntausend Personen. Sie sind über 58, entlassen und arbeitslos. Das zeigt die Statistik. Pensionskassenexperte Urban Hodel sagt dazu: «Diese Versicherungslücke ist bekannt, aber niemand hat das

Problem bisher gelöst.» Schon lange fordern Fachleute wie Hodel eine gesetzliche Lösung. Allen voran der Gewerkschaftsbund. Er machte bei der letzten AHV-Revision Druck, dass Arbeitnehmende den Rentenanspruch behalten, auch wenn sie arbeitslos sind und keine Sparbeiträge mehr leisten können. Das ist wichtig: Oft müssen ältere Arbeitslose grosse Teile ihres Altersguthabens aus der ehemaligen Pensionskasse verbrauchen, um bis 65 über die Runden zu kommen. So ist das Kapital, das eigentlich für nach der Pensionierung vorgesehen war, schon vorher weg.

NOVARTIS MACHT'S VOR

Rentenminister Alain Bersets Altersvorsorge 2020 hätte eine Lösung gebracht. Sie sah vor, dass der Rentenanspruch bleibt und der Zwang wegfällt, das Kapital zu beziehen. Doch die Vorlage ging im letzten September bachab, wenn auch knapp. Hodel, der das gewerkschaftsnahe PK-Netz

leitet, sagt: «Es führt kein Weg daran vorbei, diese Lücke auf dem Gesetzesweg zu beseitigen.»

Einen neuen Anlauf unternimmt jetzt die Basler Nationalrätin Silvia Schenker (SP). Bei der laufenden Revision der Ergänzungsleistungen beantragt sie eine gesetzliche Grundlage, die es über 58jährigen erlauben soll, als Arbeitslose bei der Pensionskasse zu bleiben. Sie könnten dann mit 65 eine BVG-Rente beziehen – auch wenn diese kleiner ausfällt, weil sie keine Beiträge mehr einbezahlt haben.

In Pensionskassen, in denen die Gewerkschaften gut vertreten sind, haben aktive Stiftungsrätinnen und -räte die fragliche Versicherungslücke bereits schliessen können. Dies sei den Kassen durchaus erlaubt, sagt Experte Hodel. Zum Beispiel Novartis: Versicherte des Pharmakonzerns können zeitlich unbeschränkt und ohne Beitragsleistungen in der Kasse bleiben – eine grosse Ausnahme.



AUF DEM RICHTIGEN WEG: Unia-Präsidentin Vania Alleva zieht für 2017 eine positive Bilanz. FOTO: PETER MOSIMANN

Die neuen Mitgliederzahlen sind da: Unia auf hohem Niveau stabil

Mit über 200 000 Mitgliedern ist die Unia weiterhin die mit Abstand grösste Gewerkschaft der Schweiz.

RALPH HUG

Auch 2017 konnte die Unia die Zahl ihrer Mitglieder halten. Und das auf hohem Niveau: Über 200 000 Personen sind bei der Unia organisiert. Sie wächst in den Dienstleistungsberufen, dem grössten Sektor der Wirtschaft. Diese vor Jahren eingeleitete Strategie geht auf. Mit 56 000 Mitgliedern stellt der Tertiärsektor mittlerweile den grössten Anteil an der Basis. Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr beträgt 2 Prozent. Weil in den Dienstleistungen viele Frauen arbeiten, wird die Unia auch weiblicher und jünger.

In zwei anderen wichtigen Bereichen, dem Bau und dem Gewerbe, konnte die Unia im vergangenen Jahr mit -1,3% bzw. -0,4% die Mitgliederzahl

nahezu stabil halten. Dagegen ist die Entwicklung im Sektor Industrie rückläufig (-2,9%). Dies entspricht dem allgemeinen Rückgang der Beschäftigung in diesem Wirtschaftszweig. Und verwundert wenig: Die verfehlte Politik der Nationalbank bei der Bekämpfung

Die Unia wächst in den Dienstleistungsberufen.

des überbewerteten Frankens hat in den beiden letzten Jahren zum Verlust von Zehntausenden von Stellen geführt.

AUFSCHWUNG KOMMT. Unia-Präsidentin Vania Alleva zieht fürs Geschäftsjahr 2017 eine positive Bilanz. Sie sagt: «Wir sind mit unserem entschiedenen Kampf für faire Löhne und gute Arbeitsplätze auf dem richtigen Weg.» Allerdings stehe die Gewerkschaft im rau-

hen Gegenwind: Die politische Rechte schüre gezielt eine anti-gewerkschaftliche Stimmung und verbreite überall Angst. «Das macht die Arbeit für unsere aktiven Leute an der Basis nicht einfacher, aber sie nehmen diese Herausforderung an», so die Unia-Chefin. Sie zählt auf ein noch stärkeres Engagement in den Betrieben und vor allem bei der Werbung für neue Mitglieder.

An wichtigen Themen, die alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angehen, fehle es nicht: Die Lohngleichheit, aber auch die Angriffe auf das Arbeitsgesetz sowie der Einsatz für eine soziale Digitalisierung stehen für die Unia dieses Jahr im Vordergrund. Chefin Alleva blickt tendenziell optimistisch ins Jahr 2018: «Die Wirtschaft zieht an, der Aufschwung hat nun auch die Schweiz erreicht. Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen werden also drinliegen.»

GAV-Verhandlungen in der Industrie: Es geht los!

Gute Zeiten für bessere Löhne



ES ZIEHT AN: Die Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie boomt – davon sollen auch die Arbeitnehmenden profitieren. FOTO: GAËTAN BALLY / KEYSTONE

Höhere Mindestlöhne, besseren Kündigungsschutz für Ältere, klare Regelung der Arbeitszeit: Das fordert die Unia für den neuen MEM-Gesamtarbeitsvertrag.

RALPH HUG

Alles zeigt nach oben: Umsätze, Aufträge, Exporte, Gewinn. Die Geschäfte in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM) laufen gut. In den letzten Monaten gingen so viele Bestellungen ein wie noch nie seit zehn Jahren. Und auch der Chef des Arbeitgeberverbandes Swissmem, Hans Hess, sieht die Branche auf einem «soliden Erholungspfad». Gute Zeiten auch für Unia-Mann Manuel Wyss. Der MEM-Branchenleiter steigt nächste Woche mit 18 Kolleginnen und Kollegen in die Verhandlungen über einen neuen Gesamtarbeitsvertrag (GAV). Der alte läuft bereits im kommenden Juni aus. Die Zeit drängt also.

GUT GEWAPPNET FÜR VERHANDLUNGEN

Die Unia ist gerüstet. Gut gerüstet. Das zeigt ihr umfangreicher Forderungskatalog. Vor vier Jahren gelang ihr in der Industrie ein Durchbruch: Erstmals seit 1937 setzte sie Mindestlöhne im Gesamtarbeitsvertrag durch. In beinhaltenen Verhandlungen, es brauchte sogar eine Mediation. Die Minimallöhne verhindern ein Absacken der Einkommen. Aber leider nicht bei allen. Verhandlungsleiter Wyss sagt: «Heute geht es darum, diese Mindestlöhne auszubauen und den Vollzug zu stärken.» Die Mindestlöhne sind zu tief, und

EINIGUNG IN DEUTSCHLAND

Lesen Sie zu den GAV-Verhandlungen der deutschen Metaller auch **«Zeit ist das neue Geld»**. Seite 6

auch Höherqualifizierte sowie Stiftungen und Stifte sollten davon profitieren können. Das ist heute nicht der Fall. So stellen Firmen immer wieder gutqualifizierte Berufsleute zu tieferen Löhnen an, um dadurch ihre Gewinne zu sichern. Dieser Missbrauch müsse aufhören. Auch bei der Arbeitszeit will die Unia im neuen GAV

klare Vorgaben haben. Gewerbeverband und Arbeitgeber möchten die Arbeitnehmenden in der Schweiz länger arbeiten lassen, bis zu 60 Stunden pro Woche. Die Unia besteht nun auf der 40-Stunden-Woche, aber neu inklusive Pausen, die jetzt nicht angerechnet werden. Auch brauche es eine obligatorische Zeiterfassung, damit die Überstunden nicht explodierten. Weiter verlangt die Gewerkschaft zusätzliche Ferientage.

Und einen besseren Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Unia-Verhandlungsleiter Wyss: «Das ist ganz wichtig!» Die üblichen drei Monate Kündigungsfrist sollen nur noch bis 45 gelten. Bis 55 verlangt die Unia neu sechs Monate und danach zwölf. Eine Regelung, die im GAV der Basler Pharma- und Chemieindustrie bereits existiert und problemlos praktiziert wird.

RECHT AUF NICHTERREICHBARKEIT

Ein grosses Thema ist auch die Digitalisierung. Die Arbeitnehmenden müssten beim Wandel der Arbeitswelt mitreden können, findet die Unia.

«Die Chefs sollen nachts keine Mail-Aufträge verschicken.»

MANUEL WYSS,
MEM-BRANCHENLEITER UNIA

Und der Schutz des GAV soll auch für Arbeiten zu Hause (Homeoffice) und in externen Projekten (Crowdwork) gelten. Die Gewerkschaft fordert zudem ein «Recht auf Nichterreichbarkeit». Unia-Mann Manuel Wyss: «Damit die Chefs nicht meinen, sie könnten abends und sogar nachts E-Mail-Aufträge verschicken.» Niemand dürfe gezwungen werden, zu Unzeiten auf E-Mails zu reagieren. In digitalen Zeiten ist Weiterbildung zentral. Die Unia hat deshalb das spannende Projekt «Berufspasselle 4.0» erarbeitet. Ein Verein von Gewerkschaften und Arbeitgebern soll Arbeitnehmenden in den MEM-Branchen eine berufsbegleitende Ausbildung ermöglichen, damit sie den digitalen Wandel meistern können. Und damit kein Mangel an Fachkräften entsteht. Wyss: «Die MEM-Industrie hat ein Interesse daran, ihre Leute für die Zukunft fit zu machen.» Schliesslich verlangt die Gewerkschaft Unia eine wirksame Industriepolitik. Nötig ist ein Fahrplan für den digitalen Wan-

Industrie-GAV: Das fordert die Unia

Hier die sieben wichtigsten Forderungen der Unia für einen neuen Gesamtarbeitsvertrag in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie:

- **Höhere Mindestlöhne**, neu auch Mindestlöhne für Besserqualifizierte und Auszubildende, verstärkter Vollzug
- **Gesicherte 40-Stunden-Woche** (neu inkl. Pausen), obligatorische Zeiterfassung
- **Berufsbegleitende Ausbildung** zur Bewältigung der Digitalisierung
- **Mehr Ferien und Elternurlaub** (18 Wochen für Mütter, 20 Tage für Väter)
- **Kündigungsschutz für Ältere** (6 Monate ab 45, 12 Monate ab 55 Jahren) sowie für Vertrauensleute und Stiftungsräte
- **Mitsprache** beim digitalen Wandel, **GAV-Schutz** auch für Homeoffice und Crowdwork, Recht auf Abschalten in der Freizeit
- **Aktive Industriepolitik** (digitaler Wandel, Fonds für Innovationen, Kampf dem überbewerteten Franken) (rh)

del, ein Fonds für Innovationen und ein entschlossener Kampf gegen den überbewerteten Franken. Das politische Umfeld für einen positiven Vertragsabschluss ist nicht schlecht. Die SVP trägt mit ihrem Angriff auf die Personenfreizügigkeit unfreiwillig dazu bei. Mit einer Volksinitiative will sie dieses Abkommen aufkündigen. Und vor allem: Sie will die erfolgreichen flankierenden Massnahmen kippen. Dies hat Ems-Chefin Magdalena Martullo-Blocher kürzlich an einer Medienkonferenz verkündet. Dieser Frontalangriff auf den Arbeitsmarkt muss die Arbeitgeber dazu bewegen, mehr auf die Gewerkschaften zuzugehen (siehe Spalte rechts).

Denn ohne griffigen Lohnschutz sind offene Grenzen nicht zu verantworten. Gewerkschaftsbundschef Paul Rechsteiner sagt es klar: «Der Lohnschutz ist unverhandelbar.» Und Valentin Vogt, Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes, findet: «Es braucht eine Allianz von allen, die von den Vorteilen der bilateralen Verträge überzeugt sind.»

Personenfreizügigkeit: Sozialpartner gegen die SVP

CLEMENS STUDER

Es ist eine bemerkenswerte Veranstaltung im Berner Haus der Kantone, sämtliche Sozialpartner der Metall- und Maschinenindustrie sind dabei und künden ihren entschiedenen Widerstand gegen die SVP an. Der Grund: Mit einer Initiative will die Blocher-Partei die Personenfreizügigkeit künden.

Wie bemerkenswert dieser gemeinsame Auftritt ist, macht Unia-Industriechef Corrado Pardini klar: «In wenigen Tagen werden Herr Hess und ich uns höflich, aber entschlossen gegenüberzusetzen, um einen neuen MEM-Gesamtarbeitsvertrag abzuschliessen. Alles andere als ein Picknick.» Doch jetzt, so Pardini, «teilen wir eine Verantwortung, die über den nächsten GAV hin-

«SVP-Initiative ist ein Frontalangriff auf den Werkplatz Schweiz.»

HANS HESS, SWISSMEM-CHEF



EINIG (von links): Corrado Pardini (Unia), Thomas Feierabend (Angestellte Schweiz), Arno Kerst (Syna), Daniel Jositsch (Kaufmännischer Verband), Jürg Eggenberger (SKO), Hans Hess (Swissmem/ASM).

ausgeht: Es ist unsere Aufgabe zu verhindern, dass den Menschen in diesem Land die Zukunft gestohlen wird.»

Ohne Personenfreizügigkeitsabkommen würden nämlich – wegen der «Guillotinen-Klausel» – auch die anderen Teile der bilateralen Verträge I wegfallen. Das wäre ein Debakel für die Schweiz im allgemeinen und für schweizerische Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM) mit ihren 320000 Beschäftigten im besonderen. Die MEM-Firmen exportieren 60 Prozent in die EU. Dank den Bilateralen können sie fast uneingeschränkt am EU-Binnenmarkt teilnehmen.

OHNE FLANKIERENDE GEHT NICHTS. Das alles setzt die SVP jetzt aufs Spiel. Arbeitgeberchef Hess sagt: «Die SVP-Initiative ist ein Frontalangriff auf den Werkplatz Schweiz.» Unia-Mann Pardini zeigt seinerseits auf, wie stark Personenfreizügigkeit und Sozialpartnerschaft zusammenhängen. Er erinnert daran, dass die Zustimmung der Gewerkschaften zur Personenfreizügigkeit immer ausdrücklich von den flankierenden Massnahmen (FlaM) abgehängt ist und abhängen wird. Denn nur diese stellen sicher, dass in der Schweiz Schweizer Löhne bezahlt werden. Die FlaM schützen Arbeitende vor Lohndumping und die Unternehmen vor unlauterer Konkurrenz. Pardini: «Ohne Flankierende wären unsere Löhne längst auf deutsches Niveau gesunken, wie Chemieunternehmerin Martullo-Blocher das gerne hätte.» Und Pardini weiter: «Gesamtarbeitsverträge sind ein ebenso wichtiger Mechanismus zum Schutz der Löhne und der Arbeitsbedingungen. Die Personenfreizügigkeit gibt es nur mit einer funktionierenden Sozialpartnerschaft, die Lohndumping und die Diskriminierung älterer Arbeitnehmender verhindert.»

Patron Hess und Gewerkschafter Pardini werden also schon bald gegenüber Platz nehmen und sich nicht auf Anheben einig sein, was im neuen MEM-Vertrag stehen muss. Aber in einem sind sie sich jetzt schon einig: «Wir werden die SVP bis zur Abstimmung über die Kündigungsinitiative eng begleiten!» Schon heute ist klar: auch das wird kein Picknick.

Dumping in Europa Hüst und hott

Österreichs Politik in Sachen Lohndumping ist doppelbödig. Auf der einen Seite laufen Arbeitgeber und Regionalpolitiker aus Vorarlberg Sturm gegen die Schweizer flankierenden Massnahmen. Sie wollen die sogenannte 8-Tage-Regel kippen. Diese schreibt vor, dass Firmen im voraus melden müssen, wenn sie Arbeitskräfte in die Schweiz entsenden. Die Österreicher Patrons wollen auch keine Kautions hinterlegen, wenn sie Aufträge im Schweizer Bau-



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

gewerbe ausführen. Diese ermöglicht den Schweizer Kontrollinstanzen, im Falle von Lohndumping Bussen zu begleichen. 8-Tage-Regel und Kautions helfen also bei der Bekämpfung von Lohndumping. Die vorarlbergischen Arbeitgeber jedoch behaupten, es handle sich um Schikanen, die EU-Recht verletzen.

BURGENLAND, WIDERSTAND. Umgekehrt läuft die Sache im Burgenland. Dieses österreichische Bundesland grenzt an Ungarn. In Ungarn betragen die Löhne gerade mal einen Viertel der österreichischen. Lohndumping durch Entsende geschieht im Burgenland tausendfach. Aber die österreichischen Kontrollbehörden können die Bussen bei ungarischen Dumpingfirmen gar nicht eintreiben. Das empört Gewerkschaften, Arbeitgeber und die Regierung gewaltig. Also reisten die Burgenländer kürzlich gemeinsam nach Brüssel. Sie verlangten dort die Verschärfung der EU-Entsenderegeln und eine europäische Arbeitsbehörde, die bei der länderübergreifenden Umsetzung mithilft.

No-go: EU-Beamte greifen die flankierenden Massnahmen an.

Sie verlangten dort die Verschärfung der EU-Entsenderegeln und eine europäische Arbeitsbehörde, die bei der länderübergreifenden Umsetzung mithilft.

DOPPELBÖDIGE EU. Genauso hust und hott wie in Österreich geht es auch in der EU-Politik zu und her. Da verkündet EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker die Maxime «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort». Und da arbeitet die EU an einer Revision der Entsenderichtlinien und an der Gründung einer Arbeitsagentur. Gleichzeitig aber greifen EU-Beamte die 8-Tage Regel und die Kautionspflicht in der Schweiz an. So geschehen in den laufenden Verhandlungen über ein Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU. Skandalöserweise wollten sich Schweizer Verhandler sogar auf diese Diskussion einlassen. Für uns Gewerkschaften ist das ein absolutes No-go. Wir schliessen uns lieber den Burgenländern an: Der Schutz vor Lohndumping muss verstärkt werden!



GAV-Verhandlungen MEM-Industrie

Der Gesamtarbeitsvertrag für die Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (GAV MEM) gilt für fast 100.000 Beschäftigte und über 500 Unternehmen der MEM-Industrie. Jetzt wird er neu verhandelt. Die Unia setzt sich für eine Verbesserung der Mindestlöhne und einen stärkeren Kündigungsschutz ein. Den Forderungskatalog der Unia finden Sie unter:

www.unia.ch/gav-mem

Deutschland: Bemerkenwerte Einigung der Metaller Zeit ist das neue Geld



SCHÖN SCHRILL: Streikende Metallerinnen und Metaller im westfälischen Hagen fordern mehr Zeit, um sich um Kinder oder Pflegebedürftige in der Familie kümmern zu können. FOTO: THOMAS RANGE

Weit über eine Million Arbeitnehmende führte die IG Metall in den Streik um einen neuen Tarifvertrag. Dieser macht auch anderen Gewerkschaftern wieder Hoffnung

JOHANNES SUPE, BERLIN

Die deutschen Metaller haben einen Tarifabschluss erreicht. Damit geht ein aufsehenerregender Arbeitskampf zu Ende, der seit Jahresbeginn andauerte. Annähernd 1,5 Millionen Arbeiter legten in dieser Zeit ihre Arbeit nieder und nahmen an Warnstreiks teil. Dies in einer Branche, die 3,9 Millionen Beschäftigte zählt.

Beim Thema Arbeitszeiten ist die IG Metall Vorreiterin.

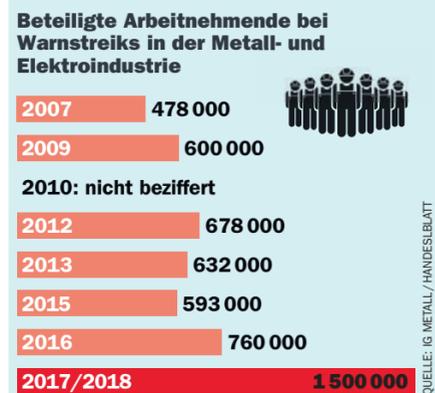
Mit dem Abschluss zeigt sich IG-Metall-Chef Jörg Hofmann denn auch sehr zufrieden. Die Einigung sei zukunftsweisend. Und weiter: «Mit dem Ergebnis haben wir weitreichend die Ziele erreicht, die wir uns gesteckt hatten.» Doch nicht nur die Gewerkschaften jubeln. Sondern auch die Unternehmer. Wer hat mehr Grund zum Feiern?

FORDERUNGEN ZUR ARBEITSZEIT

Die IG Metall hatte diesmal nicht nur sechs Prozent mehr Lohn verlangt. Sondern sie stellte auch eine bemerkenswerte Forderung zum Thema Arbeitszeiten auf. Nämlich die Möglichkeit, in die sogenannte «kurze Vollzeit» zu wechseln. Arbeiter und Angestellte sollten ihre Wochenstundenzahl für eine bestimmte Zeit

auf bis zu 28 Stunden reduzieren können. Und nach maximal zwei Jahren hätten sie das Recht, wieder in die Vollzeit zurückzuwechseln. Für Schichtarbeiter und Beschäftigte, die Kinder betreuen oder Angehörige pflegen, verlangte die Gewerkschaft zusätzlich Zulagen.

Statt 6 Prozent mehr Lohn soll es jetzt 4,3 Prozent mehr geben, verteilt auf 27 Monate. Dazu kommen gewisse Sonderzahlungen. Auf's Jahr berechnet, macht das eine Lohnerhöhung



von etwa 3 Prozent aus. Das haben die beiden deutschen Ökonomen Heiner Flassbeck und Paul Steinhardt ausgerechnet. Für Schweizer Verhältnisse ist das allerhand. Doch Flassbeck und Steinhardt meinen: «Das, liebe IG Metall, ist zu wenig!» Die Lohnsteigerung würde von der Inflation weitgehend wieder zunichte ge-

macht. Und da sich andere Branchen am Abschluss der Metall- und Elektroindustrie orientierten, könnten dort die Löhne unter Druck kommen.

DIE «KURZE VOLLZEIT»

Einen wesentlichen Bestandteil der «kurzen Vollzeit» konnte die Gewerkschaft hingegen durchsetzen: das Rückkehrrecht in die Vollzeit für Beschäftigte, die die Arbeitszeit reduzieren. Ein süsser Durchbruch, der nicht zu unterschätzen ist. Häufig stellen sich die Chefinnen und Chefs heute nämlich quer, wenn Arbeitnehmende ihre Arbeitszeit nach einer Reduktion wieder erhöhen möchten.

Aus den Zuschlägen, die besonders belastete Beschäftigtengruppen bei einer Arbeitszeitreduzierung erhalten sollten, wurde leider nichts. Dafür dürfen diese nun acht freie Tage im Jahr mehr nehmen, von denen allerdings nur deren zwei bezahlt sind. Bitter dabei: Künftig dürfen umgekehrt die Betriebe die Angestellten länger arbeiten lassen. Schon heute können sie von der regulären Arbeitszeit nach oben abweichen. Im Westen Deutschlands beträgt diese 35 Wochenstunden, in den ostdeutschen Bundesländern sind es 38. Jetzt sollen die Chefs unter gewissen Bedingungen sogar bis zu 30 Prozent länger chrampfen lassen können, zum Teil gar bis zu 50 Prozent.

MUTIGE IG METALL

Bernd Riexinger, Co-Chef der deutschen Linkspartei, begleitete mehrere Streiktage. Er sagt dazu: «Das geht in die falsche Richtung.» Die IG Metall sei dieses Jahr in einer aussergewöhnlich starken Position gewesen. Einerseits boome die Industrie, andererseits hätten die Beschäftigten besonders engagiert an den Streiks teilgenommen. Man hätte also noch mehr herausholen können, urteilt der Politiker. Trotzdem findet er, die IG Metall habe in der Auseinandersetzung auf das richtige Thema gesetzt.

Tatsächlich hat sich die IG Metall seit Anfang der 2000er Jahre nicht mehr an das Thema Arbeitszeitreduktion getraut. Damals wollten die Metaller die Einführung der 35-Stunden-Woche im Osten Deutschlands erreichen. Nach dem Muster des Westens, wo sie seit den 1980ern gilt. Doch die IG Metall schaffte das nicht. Seitdem war der Kampf um die Arbeitszeiten tabu. Bis heute. Nun hoffen auch Gewerkschafter in anderen Verbänden wieder auf mehr politischen Handlungsspielraum. Denn die IG Metall hat als Vorreiterin eines deutlich gemacht: Nicht nur für mehr Lohn lohnt es sich zu streiken.

Steueroasen: Rangliste der undurchsichtigsten Finanzplätze Schweiz auf unrühmlichem Platz 1

Laut der Organisation Tax Justice Network ist und bleibt die Schweiz die grösste Steueroase.

RALPH HUG

Egal, wie stark Bundesrat und Banken ihre Reformen loben: die Schweiz ist immer noch die grösste Steueroase der Welt. Jedenfalls, wenn es nach dem britischen Netzwerk Steuergerechtigkeit geht. Diese internationale Organisation hat soeben die neueste Rangliste der undurchsichtigsten Finanzplätze publiziert. Zuoberst ist die Schweiz, dann folgen die USA, die Cayman Islands (wo Whistleblower Rudolf Elmer tätig war) sowie Hongkong, Singapur und Luxemburg. Um die Intransparenz zu messen, hat das

Netzwerk einen Index mit zwanzig Kriterien für 111 Länder entwickelt. Schon bei der letzten Veröffentlichung im Jahr 2015 lag die Schweiz auf Platz eins.

SCHANDE. Der Spitzenrang ist alles andere als schmeichelhaft. Denn er zeigt, wo die Geheimhaltungs- und Steuervermeidungsindustrie

Die neuen Finanzregeln in der Schweiz sind ungenügend.

am meisten Macht hat. Und wo sie dafür sorgt, dass immer wieder Geld aus dunklen Quellen angesogen wird. Von Konzernen und Steuerhinterziehern in aller Welt, aber auch von Geldwäschern, korrup-

ten Potentaten und zweifelhaften Oligarchen. Dabei anerkennt das Netzwerk durchaus Verbesserungen auf dem Schweizer Finanzplatz. Doch die neuen Regeln seien unzureichend. So würden vom automatischen Informationsaustausch (AIA) nur ausgewählte Länder profitieren. Mit vielen Entwicklungsländern bestehe gar kein Abkommen. «Oder dann sind diese gar nicht in der Lage, ein solches Abkommen auch umzusetzen.» Das sagte Steuerspezialist Dominik Gross von Alliance Sud im grossen work-Interview (siehe letzte work-Ausgabe).

USA AUF PLATZ 2. Das Netzwerk charakterisiert die Top-Steueroase Schweiz so: «Weissgeld für reiche und einflussreiche Staaten,



FOTOS: FOTOLIA, 123RF; MONTAGE: WORK

Schwarzgeld für verletzliche Entwicklungsländer.» Kritisch sieht das Netzwerk aber auch die USA. Dort würden gewisse Bundesstaaten den Unternehmen und Fonds nach wie vor Anonymität garantieren. Zum Beispiel Delaware, der Sitz von Zehntausenden von Briefkastenfirmen. Auf unrühmlichem Platz sieben liegt Deutschland: Es bremse die Reformen der EU und setzte neue Regeln nur unvollständig um, kritisiert das Netzwerk. Weitere Informationen auf:

rebrand.ly/netzwerk
rebrand.ly/secretcy (englisch)



BRESCIA IST ANDERS: Die Stadt beim Gardasee ist ein Vorbild für Italiens multikulturelle Dörfer und Städte. FOTO: ALAMY

Am 4. März wählt Italien eine neue Regierung

Kennen Sie Brescia?

Vielleicht kommt Bunga-Bunga Berlusconi (82) zurück – mit den Neofaschisten. Italien könnte ihn wählen, weil es den tobenden Grillo fürchtet.

OLIVER FAHRNI

Kennen Sie Brescia beim Gardasee? Zweitgrösste Stadt der Lombardei, viel Industrie, eine der prosperierenden Regionen Europas. In den letzten dreissig Jahren kamen viele Flüchtlinge und Migranten aus Osteuropa, Asien, Afrika und dem Nahen Osten.

Rund um Brescia wütet der Rassismus der Lega Nord und rechter Banden. Prügeleien, Brandanschläge, Überfälle auf Ausländer sind Alltag in Padanien, wie die Lega die Lombardei nennt, bis hinein in die elegante Metropole Mailand. Ein führender Lega-Mann sagte dieser Tage: «Wir verteidigen die weisse Rasse.» Doch mittendrin im Lega-Land, in Brescia mit seinen überdurchschnittlich vielen Zugewanderten, lebt es sich gut. «Alles im Lot», sagt Bürgermeister Emilio del Bono von der Demokratischen Partei PD, die Italien (noch) regiert. Man hat sich angestrengt und die Integration organisiert, getragen von einer christlichsozialen Tradition. Brescia sei zu einem Modell für Italiens multikulturelle Dörfer und Städte geworden, befinden Mailänder Forscher.

30 SCHÜSSE AUF AFRIKANER

Kennen Sie Macerata? Im Februar schoss in der Provinzstadt südlich von Ancona ein Lega-Mann aus dem Auto fünf Afrikaner und eine Afrikanerin nieder, danach posierte er mit dem Faschistengruss vor einem Kriegerdenkmal. Lega-Chef Matteo Salvini zeigte «Verständnis» und kochte darauf seine braune Wahlsuppe («die Migranten sind schuld»). Darauf stiegen seine Umfragewerte. Rechtsextreme marschierten in Macerata auf. Aber am 10. Februar antworteten 30000 Menschen mit einer Demo «gegen Faschismus und Rassismus, jeden Tag, in jeder Stadt».

Salvini hat aus der Regionalpartei Lega Nord, die den reichen Norden von Italien abspalten will, eine nationalistische, neofaschistische Truppe gebaut. Kein Widerspruch, denn für ihn beginnt Afrika in Rom. Schulterklopfend und küssend bekundete Silvio Berlusconi Unterstützung. Der rechtskräftig verurteilte 82jährige Me-

dien- und Bau-Tycoon, der Italien zwischen 1994 und 2011 mit Unterbrüchen ins Elend regiert hatte, ist zurück. Eben erst hat er die Regionalwahlen in Sizilien gewonnen, mit einem ultrarechten Spitzenkandidaten. Jetzt geht er mit Salvini zusammen in die Wahlen vom 4. März, flankiert von den neofaschistischen Fratelli d'Italia.

MANN HINTER DEM BÖSEN CLOWN

«Berlusconi? Wie kann denn das sein?» fragt der Anti-Mafia-Autor Roberto Saviano. Der Cavaliere schien für immer begraben. Saviano sieht den Grund darin, dass er den Menschen sage: Brecht das Gesetz, wenn ihr in diesem Chaos besser leben wollt.

Gianni, ein Gewerkschafter, der dreissig Jahre Fabrikämpfe bei Fiat in Turin hinter sich hat, schliesst nicht aus, zum ersten Mal in seinem Leben Berlusconi zu wählen. Warum? «Um den fürchterlichen Grillo zu verhindern.» Beppe Grillo, Ex-TV-Komiker, und seine Bewegung Cinque Stelle liegen in

«Italien lebt in Konfusion, Verzweiflung und Wut.»

Wahlumfragen vorn. Schreiend, tobend, manchmal auch prügelnd und mit einem diffusen Programm hat er die Fünf Sterne zur stärksten Kraft gemacht. Die Partei, per Internet organisiert, gilt als Anti-Establishment-Partei. Doch dahinter stehen in Wirklichkeit Arbeitgeberverbände und ein mächtiger Unternehmerclan um die Familie Casaleggio. Als der heimliche Parteigründer Gianroberto Casaleggio im April 2016 starb, übernahm Sohn Davide. Über seine Organisation «Rousseau» kontrolliert er alle Instanzen der Partei, unter anderem das elektronische Voting der Mitglieder. Neuerdings lässt er Grillo und dessen Spitzenkandidaten Luigi di Maio fremdenhasserische Töne spucken. Fünfzig Nuancen in Braun.

Da überkommt Andrea Camilleri, den alten sizilianischen Krimiautor, «ein Zittern». Italiens Wählerinnen und Wähler lebten in «Konfusion, Wut und Verzweiflung», sagt er.

DIE WIRTSCHAFT RICHTET'S

Kennen Sie Siena? Toskanische Schönheit, eine der Wiegen der Renaissance. In einem prachtvollen Palazzo haust die älteste Bank der Welt, Monte Paschi di Siena (MPS), ein global agierender Finanzkonzern mit Dutzenden angehängter, einflussreicher Stiftungen. Seit der Finanzkrise von 2007 ist MPS virtuell bankrott, wird aber regelmässig vom Staat gerettet. Gerade erst wieder

mit einem Milliardenpaket. Italiens Wirtschaftsindikatoren zeigen zum ersten Mal seit 2002 nach oben. Nur ist das kein Trost für das starke Viertel der unter 25jährigen, die ohne Job und Aussichten bleiben. Oder für die abgehängten Regionen wie etwa das verheerte Sizilien. Dort, nicht bei den Flüchtlingen, mit denen die EU Italien allein gelassen hat, liegen die Gründe für Italiens Wut und Verzweiflung.

Der Tod der Linken

In Rom erlebt die Regierungslinke gerade ihre letzten Tage. Regierungschef Paolo Gentiloni kann die Demokratische Partei PD kaum retten. Er ist ein Mann von Matteo Renzi (42). Renzi sieht sich als italienischer Macron. 2014 übernahm er die Regierung. Nach einer neoliberalen Arbeitsmarktreform, der Repression von Gewerkschaften, massiven Steuer geschenken an die Reichen und einem gescheiterten Verfassungsreferendum musste Renzi zurücktreten. Es war ein taktischer Rückzug. Nach nur sechs Monaten übernahm er erneut die Partei und säuberte sie von allen Linken und Gewerkschaftern.

DAS GROSSE VAKUUM. Die PD war die Sammelpartei einer starken Linken mit einigem gesellschaftlichem Gewicht, von der früheren KP bis zu den Christlichsozialen. Heute ist sie eine sozialliberale Formation ohne Vision. Renzi hat 2014 schon mit Berlusconi gekungelt. In dieses Vakuum stiessen nun die Cinque Stelle und die Rechten vor. Weil das Bürgertum den sozialen Aufstand fürchtet, spannt es überall mit den Rechtsextremen zusammen. Genau das lässt klügere italienische Köpfe «zittern» (Camilleri). Italien war schon immer das politische Labor Europas.



Biberli meint: «Prognose: Heiter bis besch...»



la suisse existe
Jean Ziegler

TRAGÖDIE IN PALÄSTINA

Die Sonne stand hoch über Gaza Stadt. Ich sass im lichtdurchfluteten Büro von Karen Abu Zayd, einer schönen, klugen Frau, verheiratet mit einem palästinensischen Arzt. Sie ist amerikanische Staatsbürgerin und war Leiterin des Gaza-Büros der Uno-Hilfsorganisation für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA, United Nations Relief and Works Agency).

HUNGER IN GAZA. 1,8 Millionen Palästinenser und Palästinenserinnen leben zusammengepfercht im Ghetto von Gaza. Israel belagert und blockiert das Ghetto seit 2006.

Karen Abu Zayd sagte zu mir: «An der durch die Mangelernährung verursachten Blutarmut sind viele Kinder erkrankt. Wir muss-

Es ist schwer, sich zu konzentrieren, wenn man nur noch ans Essen denken kann.

ten dreissig unserer Schulen schliessen.» Leise fügte sie hinzu: «Es ist

schwer, sich zu konzentrieren, wenn man nur noch ans Essen denken kann.»

Das war vor zehn Jahren, damals war ich Sonderberichterstatter der Uno für das Recht auf Nahrung. Seither hat die israelische Blockade die soziale Lage im Ghetto noch verschlimmert.

25. Januar 2018: US-Präsident Donald Trump trifft Journalisten im schneebedeckten Davos. Er sagt: «Die UNRWA hilft Terroristen. Wir werden unsere Beiträge an die UNRWA streichen.» Die UNRWA hält fünf Millionen der von Israel aus ihrer Heimat vertriebenen Palästinenser am Leben. Hunderte von Schulen und Spitälern werden von der Organisation geführt: in Libanon, in Gaza, in Syrien, im Westjordanland, im Irak, in Jordanien.

TRUMPS «FRIEDENSPLAN». Trumps Zornesausbruch in Davos hat eine Vorgeschichte: Am 6. Dezember verkündete der Präsident, Jerusalem werde künftig als Hauptstadt Israels anerkannt. Gleichzeitig legte er einen «Friedensplan» vor, der von seinem Schwiegersohn Jared Kushner ausgearbeitet worden war. Kushner pflegt mit der israelischen extrem rechten Siedlerbewegung enge familiäre, religiöse und finanzielle Beziehungen. Das Statut von Jerusalem steht nicht unter den Verhandlungspunkten.

Anfang Januar: US-Vizepräsident Mike Pence, prominenter rechtsextremer Evangelikaler und eine der übelsten Figuren im Kabinett Trump, reiste nach Jerusalem. Er wollte auch nach Ramallah fahren. Doch der palästinensische Präsident Mahmud Abbas weigerte sich, ihn dort zu empfangen.

Die UNRWA wird geführt vom grossartigen Schweizer Pierre Krähenbühl. Er war mein Student und vormals Operationschef des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes. Trump hat bereits die erste Quartalszahlung dieses Jahres von 60 Millionen Dollar an die UNRWA gestoppt. Ihr Zusammenbruch droht. Am 22. Januar lancierte Krähenbühl deshalb einen internationalen Sammelappell (#DignityIsPriceless). Er braucht sofort 500 Millionen Dollar. Es ist zu hoffen, dass der Bundesrat den Palästinenserinnen und Palästinensern rasch und grosszügig zu Hilfe kommt.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch, «Der schmale Grat der Hoffnung», ist im März 2017 auf deutsch erschienen.

Sein grösster Coup war das Oltener Aktionskomitee Grimm: Dirigent des Landesstreiks

**SRF-DOKU:
LEBENDIGE
GESCHICHTE**

Fesche Schnäuze, sorgende Mueti und schneidige Parolen: Autor Hansjürg Zumstein liebt den Holzschnitt. Mit allerhand Klischees setzt er in seiner 90minütigen SRF-Doku-Fiction «Landesstreik 1918 – die Schweiz am Rande des Bürgerkriegs» die epochale Konfrontation der Arbeiterbewegung mit dem Bürgertum ins Bild. Der Streik kommt als spannender Showdown zwischen dem Arbeiterführer Robert Grimm und dem reaktionären Oberstdivisionär und späteren Faschisten Emil Sonderegger daher. Damit sind Gut und Böse zwar richtig verteilt. Doch die sozialen Ursachen des Konflikts – Hunger, Elend, Entwürdigung – bleiben ausgeblendet. Ebenso die Streikenden selbst: sie kommen nur auf Fotos vor.

HÖLZERN. Zum Glück gibt es erhellende Kommentare von Historikern wie Jakob Tanner, Bernard Degen oder Marc Perrenoud. Sie ordnen ein, machen deutlich und stellen die Spielszenen mit teils hölzernen Dialogen in einen Zusammenhang. Mit dabei auch Nationalrat und Unia-Mann Corrado Pardini: Er mimt in einer Szene hinter Redner Grimm den Nationalratspräsidenten (siehe Bild rechts). Die Doku ist im Internet zu sehen auf: rebrand.ly/srfdoku



SCHÖN FRISIERT: Robert Grimm in der SRF-Doku, verkörpert von Ralph Gassmann. Unia-Industriechef Corrado Pardini spielt den Nationalratspräsidenten.

FOTO: SRF

Vor hundert Jahren gründete der Sozialist Robert Grimm das Oltener Aktionskomitee. Unglaublich, wie der Mann das schaffte. Denn nur ein halbes Jahr zuvor lag er noch politisch am Boden.

RALPH HUG

Sie trafen sich am 4. Februar 1918 in Olten. Robert Grimm (37) hatte gerade. Der energische SP-Nationalrat und «Tagwacht»-Redaktor trommelte Freunde mit Einfluss aus der Sozialdemokratischen Partei, dem Gewerkschaftsbund und einzelnen Gewerkschaften zusammen. An der Sitzung beschlossen sie ein Aktionskomitee. Ein historischer Schritt. Denn das «Oltener Aktionskomitee» sollte später den einzigen Landesstreik der Schweiz leiten. Und der Chef war Grimm. Obwohl er sich ein halbes Jahr zuvor politisch ausser Gefecht gesetzt hatte.

SKANDAL IN RUSSLAND. Grimm hatte 1915 die internationale Konferenz von Zimmerwald organisiert. Lenin und Trotzki waren dabei. Alle bewunderten Grimm als prominenten Sozialistenführer und Mann von Welt. Doch dann überprüfte er sich völlig. Eigenmächtig wollte er sich in St. Petersburg als Friedensstifter zwischen dem kriegführenden Russland und Deutschland profilieren. Das ging gründlich schief. Es gab einen Skandal, weil Bundesrat Arthur Hoffmann (FDP) als Mitwisser involviert war. Hoffmann musste zurücktreten, und Grimms Ruf war ruiniert, selbst in den eigenen Reihen: Die SP sprach ihm nur knapp das Vertrauen aus. Sein Schicksal schien besiegelt. Dann machte der Bundesrat einen Feh-

ler. Im Herbst 1917 plante er über die Köpfe der Gewerkschaften hinweg einen allgemeinen Zivildienst: Er wollte alle Leute zwischen 14 und 60 Jahren für Landarbeiten aufbieten. So sollte der kriegsbedingte Mangel an Lebensmitteln gelindert werden. Die Linke lief Sturm, sie befürchtete die «Zwangsmilitarisierung» von Arbeiterinnen und Arbeitern. Der Bundesrat wollte die Schweiz «in ein Witzwil verwandeln», so die Kritik. Im bernischen Witzwil fand sich ein berichtigtes Internierungslager. Da sah Grimm seine Chance mit dem Oltener Aktionskomitee gekommen. Es sollte dem Bundesrat einen dicken Strich durch die Rechnung machen.

BLINDES BÜRGERTUM. Aber nicht nur das: Das Komitee sollte auch die Arbeiterschaft im Kampf gegen das Bürgertum anführen. Ein blindes Bürgertum, das die Arbeiterschaft hungern liess und systematisch von der Macht fernhielt. Grimm war marxistisch gesinnt, er sah sich als Dirigenten des Klassenkampfes. Es gab Drohungen mit Streik, gar mit Generalstreik. Und tatsächlich: Der Bundesrat krebte zurück und begrub seine Pläne schnell wieder. Was blieb, war der Schock über die auführerischen Töne.

Manche Bürgerlichen sahen schon die Oktoberrevolution vor der Tür. In Panik verwechselten sie Schweizer Büere mit russischen Bolschewisten. Und riefen das Militär. An seiner Spitze stand der erreaktionäre General Ulrich Wille (70), ein preussischer Militarist mit Anzeichen von Altersenilität. Rund um ihn ein Kreis von Haudrauf-Offizieren, die den verhassten Linken nur zu gern mal ordentlich eins

auswischen wollten. Rasch mussten Pläne zur Bekämpfung eines Aufstands her. Und sogar für einen Bürgerkrieg. Ein halbes Jahr vor dem Landesstreik standen die Zeichen auf Konfrontation.

Im März 1918 schickte das Oltener Aktionskomitee dem Bundesrat fünf zehn ultimative Forderungen ins Haus. Darin kein Wort von Umsturz, es ging nur um Krisenbekämpfung: feste Preise für Lebensmittel, keine Erhöhung der Milch- und Brotpreise, Ausschaltung des Zwischenhandels, Staatsmonopol für Kohle, Ankauf der ganzen Kartoffelernte durch den Bund, Einrichtung von Suppenküchen und Notstandsarbeiten für Arbeitslose. Auch sollten die Unternehmen ihre Kriegsgewinne dem Staat abliefern. Von den berühmten Forderungen des Generalstreiks – Proporzwahl, Frauenstimmrecht, AHV, 48-Stunden-Woche – war noch nicht die Rede.

Wille wollte den Linken nur zu gern mal eines auswischen.

PROVOKATION. Umso mehr zu diskutieren gaben hingegen die Kampfmittel. Die Gewerkschafter dachten zwar durchaus an einen Generalstreik, aber höchstens an einen befristeten. Alles andere erschien ihnen zu riskant. Grimm selber meinte: «Der unbefristete Streik kommt für uns heute kaum in Frage, da er in seinen Konsequenzen unabsehbar ist.»

Im November 1918 aber stand das Militär mit Maschinengewehren und Handgranaten in Bern und Zürich. Eine Provokation, die nur eine Antwort übrigliess: Generalstreik.



RUHE UND PREUSSISCHE ORDNUNG: SVP-Führer Christoph Blocher (für einmal ganz links) will im November die blutige Zerschlagung des Generalstreiks feiern. Und den damaligen General Ulrich Wille (Mitte) gleich dazu. Wille, ein glühender Verehrer des deutschen Kaisers Wilhelm II. (rechts), hatte 1918 die Armee losgeschickt – gegen die streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter. In Grenchen SO erschossen sie drei junge Männer – zwei von hinten.

ILLUSTRATION: GÖRZ ROSARWAK

100 Jahre Landesstreik: Oberst Blocher will meinen Grossvater ehren

Wo ein Wille ist, ist auch ein Wilhelm – und ein Hitler

Im November will Christoph Blocher meinen Grossvater ehren. Er hat dazu eine Veranstaltung angekündigt mit alten Uniformen, Fahnen, Blocher-Gerede und Firlefanz. Leider ist Grossvater schon 1992 gestorben, eine kleine Ehrung, ein Dank, hätte ihn womöglich gefreut. Eher aber aus anderen Gründen, als Blocher meint.

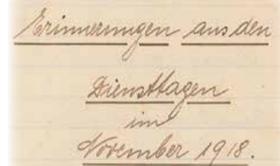
STEFAN KELLER*

Mein Grossvater, Paul Keller, war 20 Jahre alt, als er im November 1918 unter Sturmgekläute nach Frauenfeld ritt und mit seiner Einheit, einer Dragonerschwadron, in die Umgebung von Zürich verschoben wurde. Oder militärisch gesprochen: an die Front geworfen wurde zur Bekämpfung der «sozialistischen Revolution».

Er glaubte, er müsse die Schweiz vor den Bolschewisten retten, die in Zürich hausten und den Umsturz planten. In den folgenden Tagen des Landesstreiks begegnete er jedoch nur zweimal demonstrierenden Arbeitergruppen. Das erste Mal in Oerlikon bei der Rennbahn, das zweite Mal in Flurlingen vor Schaffhausen. Einmal lud er das Gewehr, aber ohne zu schießen, denn die Arbeiter verzogen sich schnell. Und einmal hielt er ein Auto an, in dem Nationalrat Fritz Platten sass, Mit-

glied des Oltener Aktionskomitees, das den Streik als Protest gegen das militärische Aufgebot ausgerufen hatte.

Mein Grossvater schrieb über seinen Einsatz noch im Dezember 1918 einen Bericht. Er wollte damit eine junge Frau beeindrucken, die später meine Grossmutter wurde, und so tönt der Text heldenhaft und pathetisch, einige Passagen sind sogar gereimt. Von den Anliegen der Streikenden ist auf den achtzig Notizbuchsei-



GROSSVATERS TAGEBUCH: «Erinnerungen an den Dienstofftag im November 1918» von Paul Keller. FOTO: ZIG

ten allerdings nicht ein einziges Wort zu lesen. Die angeblichen Revolutionäre, die er bekämpfen sollte, erhalten kein Gesicht, und die Forderungen des Oltener Aktionskomitees – wie Frauenstimmrecht, 48-Stunden-Woche oder Altersversicherung – sind ihm anscheinend unbekannt. Schwer vorstellbar, dass er wegen des Wunsches nach einer Alters- und Inva-

lidensversicherung auf andere Menschen geschossen hätte, sogar von hinten, wie die Soldaten in Grenchen das taten! Grossvater wird später froh sein um die AHV. Er ist ein Bauer aus dem Thurgau, ein anständiger Mann. Er kämpft gegen ein Phantom in den Städten, von dem er nur aus der Zeitung weiss oder aus alarmistischen Tagesbefehlen seiner Vorgesetzten.

Von dieser nazifreundlichen Bande wurde meinem Grossvater befohlen, gegen Arbeiter und Arbeiterinnen zu kämpfen.

ORDNUNG IM STAAT

Siebzig Jahre später erzählte mir Grossvater mündlich vom Landesstreik, Grossmutter sass daneben und sagte: «Ich glaube, man hat uns seinerzeit auch getäuscht» Er berichtete, wie ihn die Offiziere im Dienst schikanierten, diese Herrenöhnchen. Denn ein einfacher Bauer wäre bei der Kavallerie nie und nimmer Offizier geworden. Wie man ständig froh und hungerte. Wie der Feldweibel, während man aufs Essen wartete, im Stall die Sättel durcheinanderwarf, danach die Truppe zum Aufräumen schickte, und wenn sie zurückkamen, war die Essensausgabe vorbei. Zu Grossvaters Erinnerung – sind ihm anscheinend unbekannt. Schwer vorstellbar, dass er wegen des Wunsches nach einer Alters- und Inva-

verehrte den deutschen Kaiser Wilhelm II. sowie den preussischen Militarismus. Demokratischen Widerspruch betrachtete sie als Meuterei. Und just Ulrich Wille kommandierte die Armee im Landesstreik, deren Heldentaten Blocher rühmen will.

Zu Grossvaters Erinnerungen passt auch Oberstdivisionär Emil Sonderegger, der Platzkommandant in Zürich, der Handgranaten austeilte, damit sie in Arbeiterwohnhäuser geworfen werden konnten. Sonderegger hat 1933 ein Buch veröffentlicht mit dem Titel «Ordnung im Staat», es steht Adolf Hitlers «Mein Kampf» inhaltlich wenig nach. Hitler selber wurde 1923 vom Wille-Clan nach Zürich eingeladen, begeistert empfangen und mit Geld versorgt. Im Zweiten Weltkrieg versuchte dann der Sohn Ulrich Willes, mit Hilfe der Deutschen, den Westschweizer General Henri Guisan zu stürzen, um selber General zu werden.

HUNGER UND KRANKHEIT

Von dieser grossbürgerlichen, später nazifreundlichen Bande, die stets in Saus und Braus gelebt hat, wurde meinem Grossvater im November 1918 also befohlen, gegen Arbeiter und Arbeiterinnen zu kämpfen, die jahrelang hatten hungern müssen. Und für seinen Einsatz im Generalstreik will Oberst und Milliardär Christoph Blocher meinen Grossvater jetzt ehren und ihn damit noch einmal missbrauchen. Grossvater hat im hohen Alter mit trockenem Humor auch den eigenen

Landesstreik 1918: Dokumente gesucht!

work und der Historiker Stefan Keller nehmen gerne weitere Berichte vom Landesstreik 1918 entgegen. Ob von Arbeiterinnen und Arbeitern oder von Soldaten. Falls Sie in Ihren Familienpapieren noch Aufzeichnungen oder Dokumente aus jener Zeit besitzen: bitte stellen Sie uns diese zur Verfügung. Sorgfältiger Umgang garantiert, keine Veröffentlichung ohne Rücksprache. redaktion@workzeitung.ch und stefankeller1@bluewin.ch.

Einsatz von 1918 in Frage gestellt, obwohl er nie ein Linker war. Blocher bleibt auch im Alter unbelehrbar bei seinen Klischees. Obschon mehrfach bewiesen wurde, dass der Landesstreik nicht ein Revolutionsversuch von ein paar Drahtziehern, sondern eine grosse demokratische Bewegung war, an der ungefähr 250000 Schweizerinnen und Schweizer teilnahmen, wiederholt Blocher starrsinnig die alte Geschichte vom bolschewistischen Putsch, der nur mit tapferen Soldaten wie meinem Grossvater verhindert werden konnte.

Grossvater Keller ist übrigens am Ende des Generalstreiks krank geworden. Um ein Haar wäre er an der Spanischen Grippe gestorben. Die Matratze musste er zunächst mit einem anderen Schwerkranken teilen, weil die Armeeliegung nicht einmal genug Matratzen bereitstellte. Im Fieberwahn schlugen die beiden einander ins Gesicht. Das war der Dank des Vaterlandes. (rh)

Juso legen Forderungen fürs 21. Jahrhundert auf den Tisch Generalstreik 2.0: «Das wär's doch!»

Grosse Themen, für die es sich zu kämpfen lohnt: Das suchen die Juso aus Anlass des Generalstreik-Jubiläums.

Für die Juso ist es wieder an der Zeit, richtungweisende politische Forderungen aufzustellen. Wie beim Landesstreik von 1918, als das Oltener Aktionskomitee das Bürgertum mit grundlegenden Forderungen schockte (siehe oben), im Ideenwettbewerb gingen 350 Vorschläge ein. Sie reichen von einem Verbot von fossilen Brennstoffen über die 25-Stunden-Woche und die Kollektivierung des Bodens bis zu einer allgemei-

nen Sozialversicherung. Manche Forderungen sind bekannt. Zum Beispiel die Mitbestimmung, das bedingungslose Grundeinkommen oder der kostenlose öffentliche Verkehr. Andere sind eher unkonventionell: etwa der viertägige bezahlte Menstruationsurlaub, das Smartphone-Verbot bis zum 12. Lebensjahr oder die Unterstellung der Börse unter das Spielbankengesetz.

FIXSTERN. Nun legt die Juso-Leitung neun ausgewählte Forderungen aus dem Katalog der nächsten Jahresversammlung im März vor: Feminismus als Schulfach, 25-Stunden-Woche, Volkspension,

Boden verstaatlichen, Armee abschaffen, Gratis-Gesundheitswesen, Staatsbürgerschaft für alle, Unternehmen in Arbeiterhand, 100% erneuerbare Energien und Ressourcen. Mit der Volkspension (eine Initiative der Partei der Arbeit von 1972) und der Armeeabschaffung (GSoA-Initiative von 1989) kommen zwei geschätzte Anliegen der Linken neu aufs Tapet. Laut Präsidentin Tamara Funicello sollen diese Themen die künftige Arbeit der Juso als grosse Fixsterne am Himmel leiten.



JUSO-IDEE: Die Börse dem Spielbankengesetz unter stellen. FOTO: ZIG

Sie rechnet damit, dass die Jahresversammlung auch andere Akzente setzen könnte. Vielleicht folgt die Basis dem Vorschlag, wieder einen Generalstreik zu machen. Die Begründung dafür lautete so: «Ein atemberaubendes Erlebnis für alle. Das wär's doch.» (rh)

Landesstreik-Gedenkjahr 2018: Die Events

Das Gedenken an den einzigen landesweiten Generalstreik der Schweiz zieht sich durchs ganze Jahr hindurch.

Bereits ausgestrahlt hat das Schweizer Fernsehen die Doku-Fiktion «Generalstreik 1918 – die Schweiz am Rande des Bürgerkriegs» von Hansjürg Zumstein (siehe links). Bereits erschienen ist auch die Broschüre «100 Jahre Landesstreik. Ursachen, Konfliktfelder, Folgen» des



Gewerkschaftsbunds. Ein Reader zur Tagung vom 15. 11. 2017 mit Beiträgen von Bernard Degen, Adrian Zimmermann, Elisabeth Joris, Stefan Keller und Paul Rechsteiner. Im März eröffnet das Neue Museum Biel die **Ausstellung «1918: Krieg und Frieden»**, die ums Streikthema herum gebaut ist. Weitere regionale Ausstellungen planen die Museen von Olten und Grenchen SO, wo die Armee seinerzeit drei Arbeiter erschoss.

GROSSPRODUKTION. In der Alten Hauptwerkstätte beim Bahnhof Olten ist vom



FOTO: 1918.CH

16. August bis 23. September das **Theaterprojekt «1918.CH»** zu sehen. 20 Theatergruppen aus allen Landesteilen machen bei der Grossproduktion von Liliانا Heimberg mit 200 Spielerinnen und Spielern mit. Ein interaktives Videoprojekt realisiert Anita Hugli unter dem Titel «**Six mois avant**», in dem das Leben von sechs fiktiven Frauen im Vorfeld des Streiks im Zentrum steht. Zudem gibt's neue Bücher: so den Sammelband «**Krieg und Krise**» (im Oktober im Verlag Hier + Jetzt) sowie ein zweisprachiges **Zeitschrift der historischen Zeitschrift «Traverse»** und der Westschweizer Vereinigung zum Studium der Geschichte der Arbeiterbewegung (AEHMO).

Die **zentrale Gedenkfeier** findet am Samstag, 10. November, in Olten statt. Dort traf sich im Februar 1918 erstmals das gewerkschaftliche Streikkomitee (siehe links). Der Anlass wird vom Gewerkschaftsbund, der Sozialdemokratischen Partei und der Robert-Grimm-Gesellschaft getragen. Ab November zeigen das Landesmuseum in Zürich und das Zürcher Sozialarchiv eine Sonderschau. (rh)



An alle Flugzeugfans: Die fliegende Badewanne ist da!

Keine Fake-News: Ein Mann fliegt mit seiner Badewanne mehr als einen Kilometer weit, um sich in der Bäckerei Brötli zu holen. Das Experiment kombiniert einen Heidenspass mit revolutionärer Technik.

Die etwas Älteren unter unseren Leserinnen und Lesern mögen sich vielleicht noch an das Kinderbuch «Petzi und die fliegende Badewanne» erinnern.

Das Irreale liess den Ängsten und Träumen der Kinder freien Lauf. Vorgestern war Petzi, und heute ist Youtube: Ein aus Deutschland stammendes Video mit einer fliegenden Badewanne haben sich Ende Januar 2018 bereits 1,3 Millionen Userinnen und User angesehen. Das Video dauert 4 Minuten und 8 Sekunden. Die Geschichte: Ein Mann mit Helm und Töffjacke fliegt mit seiner Badewanne mehr als einen Kilometer weit, um sich in der Bäckerei ein Brötchen zu holen. Bereits 3000 Menschen haben dieses Video kommentiert.

DÜSENTRIEBS ERBEN. Die fliegende Badewanne ist offensichtlich kein Fake-Video, sondern eine clevere Kombination. Die «Real Life Guys» (Englisch ist die neue Weltsprache) sind hochtalentiert und etwas verrückte Bastler. In der Tradition von Daniel Düsentrieb hatten sie die Idee mit der fliegenden Badewanne. Das deutsche Versandhaus

Conrad schenkte den «Real Life Guys» gratis Motoren und Steuerungen.

Versuchen wir, das Experiment zu begreifen:

- Sechs einzeln ansteuerbare Motoren mit je einer Leistung von 9,6 kW bringen die Badewanne zum Fliegen. Knapp 60 kW Leistung sind notwendig, damit

- Jeder dieser Motoren kostete im Modellbaugeschäft nur 1200 Franken.

- Gesteuert wurde und wird die fliegende Badewanne durch eine im Handel erhältliche Spielzeugsteuerung.

- Gekostet hat der ganze Spass zu Conrad-Listenpreisen und ohne Berücksichtigung der Arbeitsstunden rund 17 000 Euro, also etwa 20 000 Franken.

- Auf der ganzen Welt arbeiten neu auch Flugzeughersteller wie Airbus und Boeing an elektrisch betriebenen Untertassen, die uns geräuscharm, energieeffizient und autonom gesteuert von einem Ort zum andern bringen sollen. Ohne

Badewanne, aber mit der gleichen Technologie. Wir sind und bleiben gespannt.



KEIN UFO: Zwei Bastler haben in Deutschland eine Badewanne zum Abheben gebracht und sind damit über einen Kilometer weit geflogen. FOTO: YOUTUBE

Badewanne, aber mit der gleichen Technologie. Wir sind und bleiben gespannt.

EINER FLOG ÜBERS DACH. Fliegen in all seinen Facetten fasziniert auch politisch. Der spanische Diktator Franco ernannte 1973 Luis Carrero Blanco zum Regierungschef. Sechs Monate später sprengte die baskische Separatistenorganisation ETA diesen Faschisten in die Luft.

Carrero Blanco flog mit seinem Auto über ein Hausdach in den Tod. War der Admiral von Francos Gnaden ein Opfer des Terrors oder des berechtigten Widerstandes? In meiner Jugend öffneten wir mehr als eine Flasche spanischen Rioja, um dieses erfolgreiche Attentat im Kampf gegen den Faschismus zu feiern. Das Lied «Flieg, Carrero, flieg» wird bis heute im Baskenland gesungen.

LINKS ZUM THEMA:

- rebrand.ly/badewanne Hier wird fündig, wer das Video mit der fliegenden Badewanne sucht.

- rebrand.ly/petzi Die Comicfigur Petzi belebte seit den 1960er Jahren Zeitschriften und Bücher. Und machte viele Kinder froh. Ein Achtundsechziger der anderen Art. Mit der fliegenden Badewanne flog Petzi aus Angst vor dem reinigenden Schaumbad durch die Lüfte. Seit 2013 gibt es für nostalgische Kindsköpfe eine Petzi-Gesamtausgabe.

- rebrand.ly/elektro Wer sich für Elektromobilität in der Luft interessiert, findet auf dieser Website immer wieder interessante Hinweise.

- www.conrad.de Das deutsche Versandhaus Conrad ist ein Familienunternehmen mit einem Umsatz von mehr als einer Milliarde Franken im Jahr. Der Conrad-Katalog ist bei Modellbauerinnen und -bauern Kult. Oft finden wir dort mehr, als wir ursprünglich gesucht haben. Ärgerlich ist nur, dass die Produkte von Conrad in der Schweiz Mehrwertsteuerbereinigt teurer sind als in Deutschland. Der Trost: Conrad hat die fliegende Badewanne mit Sponsoring erst möglich gemacht. Das Sponsoring ist dank der viralen Durchdringung der Welt höchst erfolgreich, wie dieser Artikel beweist. Mitprofitiert hat natürlich auch die Youtube-Mutter Alphabet. Weil wir Werbung ansehen müssen, bevor das Video startet.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

INSERAT

work ganz neu und frisch im Web: Alle work-Dossiers, work-Ausgaben, Rubriken und Kolumnen auf einen Click!

work Nr. 1 / 18
19. Januar 2018

work Nr. 21 / 17
15. Dezember 2017

work Nr. 19 / 17
16. November 2017

work Nr. 18 / 17
02. November 2017



WACHTMEISTER STUDER: Heinrich Gretler in der Rolle, die ihm zum Durchbruch als Charakterschauspieler verhalf.



DÄLLENBACH KARI: Walo Lüönd legte sich für die Rolle des traurigen Coiffeurs eine schmerzhaft falsche Hasenscharte zu.

FOTOS: PD

Europäisches Jahr des Kulturerbes: Alte Schweizer Filme ganz frisch

Uf widerluege am Samschtig!

Das SRF zeigt 2018 jeden Samstagnachmittag einen Schweizer Filmklassiker. Digital aufgefrischt und für die nächsten Jahrzehnte archivierbar gemacht. Einschalten lohnt sich.

CLEMENS STUDER

«Polizist Wäckerli», «Gilberte de Courgenay», «Bäckerei Zürcher» oder «Die Hazy Osterwald Story» waren das, was man damals «Strassenfeger» nannte. Lief einer dieser Filme im TV, hatten Beizer weniger Gäste, stolze Fernsehgerätebesitzer dafür unerwartete. Dabei waren die meisten dieser Filme zuvor schon erfolgreich in den Kinos gelaufen.

Das SRF nahm jetzt das «Europäische Jahr des Kulturerbes» zum Anlass, jeden Samstag einen restaurierten Film, begleitet von der passenden «Schweizer Filmwochenschau», auszustrahlen. Mehr darüber: rebrand.ly/filmwochenschau. Danach können Sie die Filme noch zwei Wochen in der Mediathek online schauen (rebrand.ly/schweizerfilm). Neben den

obligaten Heulern der geistigen Landesverteidigung gibt es in dieser Reihe auch vermeintlich altbekanntes Kulturgut neu oder wieder zu entdecken. Wer zum Beispiel die «Bäckerei Zürcher» (leider nicht mehr online verfügbar) aus dem geistigen blumete Trögli der ewigen Wiederholungen der siebziger Jahre holt, kann hier den wohl ersten urbanen Schwei-

Beeindruckendes Wiedersehen mit alten Schweizer Filmen

zer Film entdecken, inklusive Migration, Finanzindustrie und Immobilienspekulation. Ebenfalls ein beeindruckendes Neusehen war «Die letzte Chance», ein Flüchtlingsdrama aus dem Jahre 1945 (leider auch nicht mehr online verfügbar). Der Film wurde ein internationaler Erfolg (Auszeichnungen: Grand Prix Filmfestival Cannes 1946, Golden Globe 1947 und andere). Dabei warfen Bundesstellen der Produktion bis in die letzten Kriegstage Knüppel zwischen

die Beine: Bern verweigerte Aufnahmebewilligungen, verzögerte Arbeitserlaubnisse und beschlagnahmte Material. Uraufführung war dann zwei Wochen nach Kriegsende.

Regie führte bei der «Letzten Chance» Leopold Lindtberg, der sechs Jahre zuvor mit «Wachtmeister Studer» den Kriminalroman «Schlumpf Erwin Mord» von Friedrich Glauser verfilmt hatte. Lindtberg, engagierter Antifaschist und darum von der politischen Polizei entsprechend beargwöhnt, lässt seinen Ermittler vor einer bedrohlich grundierten Kulisse ermitteln: In Gerzenstein, dem «Dorf der Läden und Lautsprecher», ist nichts so, wie es zu sein scheint.

DÉBUT VON ANNE-MARIE BLANC

Und das nicht nur beim unschuldig des Mordes an seinem Schwiegervater in spe verdächtigten Erwin Schlumpf. Wer genau hinschaut, entdeckt zahlreiche Anspielungen auf die aktuelle politische Lage: «Aber wenn die kleinen Dinge nicht in Ordnung sind, sind es die grossen erst recht nicht.» Für Heinrich Gretler

war der Film der Durchbruch als Charakterschauspieler, für Anne-Marie Blanc das Filmdébut (Ausstrahlung: 24. Februar, 14.10 Uhr).

COIFFEURMEISTER

Was der «Wachtmeister Studer» für Blanc und Gretler, war drei Jahrzehnte später der «Dällebach Kari» für Walo Lüönd: der Beginn eines Lebens als Schweizer Filmstar. Dafür liess er sich mit einem schmerzhaften Zahnarztstaken nicht nur eine «fast echte» Hasenscharte verpassen, sondern lernte als Innerschweizer verblüffend schnell Berndeutsch.

Regielegende Kurt Früh erzählt die Geschichte vom himmeltraurigen Leben des Witze reissenden Coiffeurs Dällebach von hinten. Der Film beginnt mit dem Suizid des Emmentaler Bauernbuben, der in der Stadt zum Coiffeur-Original wurde, und entfaltet dann ein Panoptikum der gesellschaftlichen Grausamkeiten an einem, der nicht so ist, wie man ist – das wirkt auch heute noch brandaktuell (Ausstrahlung: 17. Februar, 14.10 Uhr).

worklxl der wirtschaft

Hans Baumann



LÖHNE: ENDLICH HOLT OSTEUROPA AUF

Die meisten Länder Mittel- und Osteuropas kamen in der Finanzkrise und der darauf folgenden Verschuldung arg unter die Räder. Die Leidtragenden waren die Lohnabhängigen: Bis vor wenigen Jahren nahm die Arbeitslosigkeit stark zu, die Löhne stagnierten oder sanken sogar, und die Arbeitsbedingungen verschlechterten sich massiv. Für die Menschen war das fatal. Als politische Folge machten sich Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit breit.

GEDREHT. In den letzten Jahren scheint der Wind gedreht zu haben. Das Bruttoinlandsprodukt nimmt in Mittel- und Osteuropa seit den Jahren 2012/2013 wieder zu, und für 2017 hat das Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche ein Wachstum von 4 Prozent errechnet. Das ist höher als erwartet

und auch deutlich höher als in Westeuropa. Positiv hat sich das auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt.

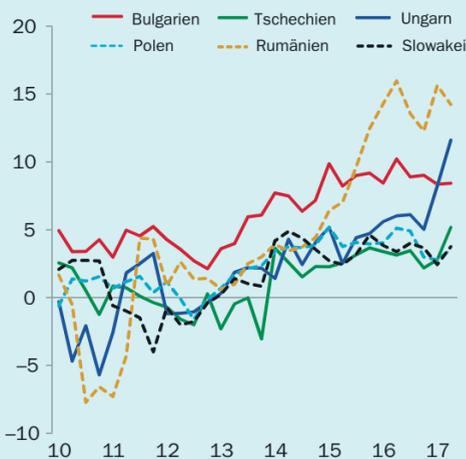
ERFREULICH. Die Arbeitslosenzahlen sind seit etwa vier Jahren rückläufig, sehr deutlich in den Ländern Bulgarien, Tschechien, Ungarn, Polen und der Slowakei, etwas weniger in Rumänien. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein Resultat der Beschäftigungszunahme. In einigen Ländern wie etwa Ungarn hat die Emigration ebenfalls zu weniger Arbeitslosigkeit beigetragen. Auch die Löhne haben in den letzten vier Jahren deutlich zugelegt und den Rückstand gegenüber dem Westen etwas verkleinert. Da dies aber von einem tiefen Niveau ausging, ist der Abstand vor allem in Bulgarien und Rumänien immer

noch gross. Immerhin rechnet das Wiener Institut auch für die kommenden Jahre mit einer höheren Zunahme der Einkommen als im Westen. So sollen etwa in Tschechien die Einkommen bis 2026 auf 90 Prozent des EU-Durchschnitts ansteigen. Der Aufschwung ist also im Binnenmarkt durch höhere Löhne und ein höheres Konsumniveau gestützt und nicht nur export- oder finanzgetrieben. Dies ist ein Zeichen dafür, dass es sich um eine stabilere Entwicklung handelt als in der letzten Boomphase vor der Finanzkrise. In einigen Branchen spricht man bereits von akutem Arbeitskräftemangel. Deshalb sind in Zukunft weniger Leute gezwungen, in Westeuropa Arbeit zu suchen.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.

Weniger Arbeitslose und höhere Löhne in Osteuropa

Veränderung der Bruttolöhne gegenüber dem Vorjahr in Prozent



QUELLE: WIENER INSTITUT FÜR INTERNATIONALE WIRTSCHAFTSVERGLEICHE (WIIV)

Montreux im Museum

Godfather Nobs



Mit Quincy Jones, um 1991.

Claude Nobs war der Mann, der das Montreux Jazz Festival grossgemacht hat. Seit 50 Jahren pilgern Tausende an den Genfersee, um Grössen aus Jazz, Rock und Pop zu geniessen. Aus diesem Anlass zeigt das Landesmuseum in Zürich Gründer Nobs, seine Stars und ihren Sound in allen Facetten. In der Ausstellung sind Erinnerungsstücke des 2013 verstorbenen Nobs zu sehen: der Kimono von Queen-Sänger Freddy Mercury oder die Gitarre von B.B. King. Ein Augenschmaus für Montreux-Fans.

Montreux. Jazz seit 1967. Ausstellung im Landesmuseum Zürich. Bis 21. Mai.

Tagung von SGB und SP

Demokratie im Job

Die Wirtschaft folgt der Profitlogik statt dem Gemeinwohl, Demokratie am Arbeitsplatz ist ein Fremdwort. Mitbestimmung könnte dies ändern. Wie aber könnte Wirtschaftsdemokratie im 21. Jahrhundert funktionieren? Gibt es ein passendes Modell für die Schweiz? Eine Tagung von SP Schweiz und Gewerkschaften in Bern geht diesen Fragen nach. Mit Fachleuten der deutschen IG Metall und der italienischen CGIL sowie Corrado Pardini (Unia), Luca Cirigliano (SGB), Heinz Gabathuler (Uni Zürich) sowie Annemarie Sancar, Barbara Gysi, Fabian Molina und Rebekka Wyler.

Tagung **Mehr Demokratie für eine zukunftsfähige Wirtschaft**, 8./9. März, Bern, Progr und Kongresszentrum Egghölzli. Anmeldungen bis 28. Februar an events@spschweiz.ch. Teilnahme kostenlos. Infos auf www.sp-ps.ch unter «Mitmachen» und «Termine».

Sexuelle Belästigung

Leitfaden für Betriebe

Sexuelle Belästigung im Job kommt häufig vor, wie zahlreiche Studien zeigen. Jetzt haben deutsche Forscherinnen Vereinbarungen und Strategien von Betrieben unter die Lupe genommen. Sie zeigen auf, wie Unternehmen durch klare Regelungen sexuelle Belästigungen bekämpfen können. Das ist auch für die Schweiz relevant.



Kader und Vorgesetzte müssen Angestellte vor Diskriminierung, Grenzüberschreitungen und sexueller Belästigung schützen. Dieses Problem kommt in allen Branchen vor. Wichtig sind klare Verfahrenswege sowie Anlaufstellen im Fall von Missbräuchen. Ein vorbildliches Modell hat die Klinik Charité in Berlin realisiert.

Sabine Oertelt-Prigone, Sabine C. Jenner: **Prävention sexueller Belästigung.** Praxiswissen Betriebsvereinbarungen, September 2017. Gratis-Download des Berichts der Hans-Böckler-Stiftung unter rebrand.ly/belaestigung.



Das offene Ohr

David Aebly
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Zwischenzeugnis: Muss ich begründen, warum ich ein Arbeitszeugnis will?

Mein Vorgesetzter wird Ende Sommer pensioniert, deshalb habe ich ein Zwischenzeugnis verlangt. Mein Arbeitgeber hat mich nun zu einem Gespräch aufgeboten und will eine Begründung, weshalb ich ein Zwischenzeugnis wolle. Darf er das?

DAVID AEBLY: Nein. Sie haben jederzeit das Recht, auch wenn Sie die Stelle nicht wechseln, ein Arbeitszeugnis, in diesem Fall ein sogenanntes Zwischenzeugnis, zu verlangen. Eine Begründung dazu ist nicht nötig. Es reicht vielmehr Ihr Wunsch, dass Ihnen ein Zwischenzeugnis ausgestellt werde. Es ist auf jeden Fall ratsam, dass Sie aufgrund der personellen Veränderung, also Wechsel von Ihrem Vor-



KLARER FALL: Ihr Chef oder Ihre Chefin muss Ihnen jederzeit ein Zwischenzeugnis schreiben. FOTO: 123RF

gesetzten, ein Zwischenzeugnis verlangen. Ihr jetziger Vorgesetzter weiss am besten, welche Tätigkeiten Sie ausüben, und kann somit auch Ihre Leistungen im Rahmen Ihrer Tätigkeit beurteilen. Wichtig ist dies auch, sollte Ihnen der neue Chef kündigen. Er kann nach kurzer Zeit unmöglich eine glaubwürdige Beurteilung Ihrer Tätigkeiten und Leistungen machen. Hinsichtlich Form und Inhalt enthält ein Zwischenzeugnis dieselben Angaben wie das Vollzeugnis.

Sonntagsarbeit: Wann darf ich freinehmen?

Ich arbeite als Verkäuferin in einem Supermarkt im Bahnhof. Im Arbeitsvertrag steht, dass ich immer von Mittwoch bis Sonntag arbeiten müsse. Am Montag und Dienstag habe ich frei. Zwischendurch einmal einen freien Sonntag, das wäre aber schon schön! Habe ich wirklich das ganze Jahr hindurch nie Anspruch auf einen arbeitsfreien Sonntag? Mein Chef sagt, Anspruch darauf hätten nur Angestellte mit Kindern oder wenn jemand pflegebedürftige Angehörige oder nahestehende Personen betreuen müsse. Stimmt das?

DAVID AEBLY: Nein. Nach dem Arbeitsgesetz ist die Sonntagsarbeit grundsätzlich verboten. Ausnahmen vom generellen Verbot der Sonntagsarbeit sind unter gewissen Voraussetzungen möglich und müssen normalerweise durch eine Behörde bewilligt werden. Für Betriebe in Bahnhöfen braucht es jedoch keine Bewilligung. Aber auch hier gilt, dass der Arbeitnehmende mit der angeordneten Sonntagsarbeit einverstanden sein muss. Mit dem Abschluss des Arbeitsvertrages haben Sie sich einverstanden erklärt, jeweils von Mittwoch bis und mit Sonntag zu arbeiten. Doch auch in einem solchen Fall gibt Ihnen das Arbeitsgesetz einen Anspruch auf zwölf arbeitsfreie Sonntage pro Jahr, die unregelmässig über das Jahr verteilt sein können. Diese zwölf Sonntage stehen Ihnen in jedem Fall zu, auch dann, wenn Sie keine Familienpflichten zu erfüllen haben.

Sozialversicherungen 2018: Horrende Krankenkassenprämien, Lichtblick Trotz Renditen stagnieren

Änderungen bei den Sozialversicherungen haben direkten Einfluss auf unser Portemonnaie. Auch 2018 treten neue Bestimmungen in Kraft. Der grosse work-Überblick.

SINA BÜHLER, DORIS BIANCHI UND GIANLUCA PARDINI

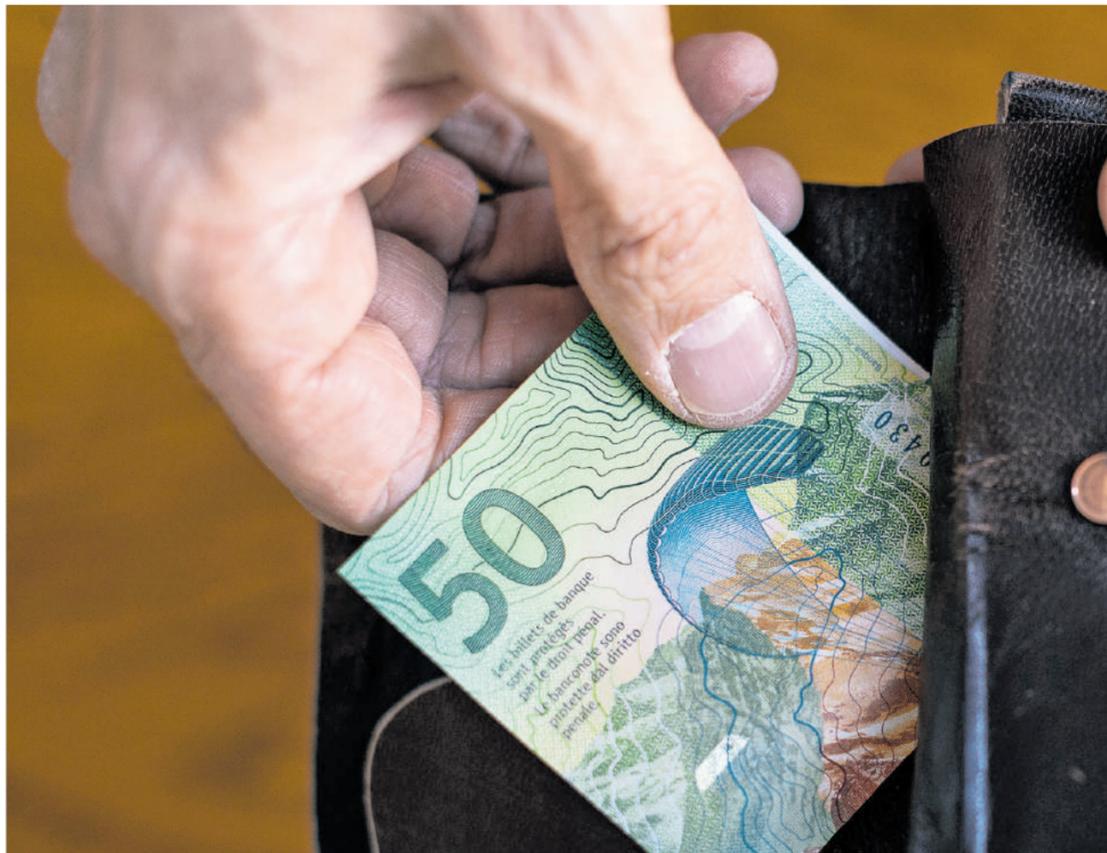
Es bleibt vieles gleich, jedenfalls für den Moment. Das Nein bei der Abstimmung über die Altersvorsorge 2020 im letzten September hat Veränderungen in der ersten und zweiten Säule blockiert. Wäre es nach den Plänen des Bundesrates, der Gewerkschaften und auch der Mehrheit des Parlaments gegangen, hätte nämlich die AHV-Rente und das Rentenalter der Frauen steigen sollen, während der Koordinationsabzug für die Pensionskassenbeiträge gesunken wäre. Doch das Volk sagte dazu Nein.

ERSTE SÄULE

Die AHV-Rente bleibt 2018 unverändert. Wie bereits letztes Jahr gibt es auch 2018 keine höheren Renten. Die Begründung: Sowohl der Preis- als auch der Lohnindex hätten sich nur wenig verändert. Die Renten wurden letztmals am 1. Januar 2015 erhöht.

Ausgleichsfondsgesetz. Seit Anfang 2018 ist ein Teil des neuen Ausgleichsfondsgesetzes in Kraft. Dieser Fonds gleicht kurzfristige Schwankungen in der AHV, IV und der Erwerbsersatzordnung (EO) aus. Die erste Säule verteilt das Geld im Umlageverfahren. Sprich: was die aktive Bevölkerung einzahlt, wird direkt an Rentnerinnen und Rentner ausbezahlt. Es wird kein Geld angespart wie in der zweiten Säule.

Weil es aber sein kann, dass die Einnahmen tiefer sind als die Ausgaben, braucht es diesen Ausgleichsfonds. Bisher hatte er eine unklare rechtliche Struktur, neu wird er zur öffentlichrechtlichen Anstalt, die «Compenswiss» (Ausgleichsfonds AHV/IV/EO) heissen wird. In diesem Jahr wird die Anstalt geschaffen, so dass sie voraus-



MEHR IST NICHT DRIN: Auch 2018 ist keine Erhöhung der Renten in Sicht. FOTO: KEYSTONE

sichtlich 2019 den Betrieb aufnehmen kann.

Intensivpflegezuschlag. An der Höhe der IV-Renten ändert sich nichts. Trotzdem gibt es Veränderungen: Familien, die zu Hause ein schwerkrankes oder schwerbehindertes Kind pflegen, bekommen 2018 einen höheren Beitrag: den sogenannten Intensivpflegezuschlag, der nach dem Aufwand dieser Pflege berechnet wird.

Stunden Intensivpflege pro Tag	Intensivpflegezuschlag pro Monat
mindestens 4	+Fr. 470 bis 940.-
mindestens 6	+940 bis 1645.-
mindestens 8	+1410 bis 2350.-

Berechnung Invaliditätsgrad. Im Laufe dieses Jahres wird die revidierte Verordnung über die IV in Kraft treten. Sie wird unter anderem die Berechnungsmethode für

Die neuen Mehrwertsteuersätze	Normalsatz	Sondersatz Beherbergung	Reduzierter Satz
Steuersätze 2017	8,0%	3,8%	2,5%
- Auslaufende IV-Zusatzfinanzierung 31.12.2017	-0,4%	-0,2%	-0,1%
+ Steuererhöhung FABI* 1.1.2018-31.12.2030	0,1%	0,1%	0,1%
Neue Steuersätze ab 1.1.2018	7,7%	3,7%	2,5%

* Bundesgesetz über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur

die IV-Rente verbessern: Die «gemischte Methode» berücksichtigt nicht nur die Folgen der gesundheitlichen Beeinträchtigung für eine Erwerbstätigkeit.

Neu werden – und das in gleichem Masse – auch Schwierigkeiten in anderen Lebensbereichen berücksichtigt wie beispielsweise bei der Haushaltsarbeit. Dies verbessert die Situation für IV-Rentnerinnen und -Rentner, die Teilzeit arbeiten. Bisher führte Teilzeitarbeit nämlich zu einem tieferen Invaliditätsgrad als Vollzeitarbeit.

Zusatzfinanzierung läuft aus. 2009 beschlossen die Schweizer Bürgerinnen und Bürger, vorübergehend die Mehrwertsteuer zugunsten der IV zu erhöhen. Ende 2017 ist diese Zusatzfinanzierung abgelaufen, und die Mehrwertsteuer sinkt wieder. Allerdings nicht für alles: Die neuen Mehrwertsteuersätze zeigt die Tabelle oben.

ZWEITE SÄULE

Seit 2016 ist der Mindestzinssatz für die Verzinsung der Pensionskassenguthaben auf einem historisch tiefen Niveau von einem Pro-

Bei befristeten Arbeitsverträgen Arbeitsstelle auf

Befristete Arbeitsverträge können Sie nicht vorzeitig kündigen. Da hilft nur ein Gespräch.

SINA BÜHLER

Für viele Angestellte werden die Arbeitsbedingungen immer prekärer. Sie arbeiten im Stundenlohn, auf Abruf, über Temporärfirmen oder werden nur befristet angestellt.

So ergab es auch Maria Gasser. Nachdem sie ihre Ausbildung als Gärtnerin abgeschlossen hat, ist sie mehrere Monate auf Stellensuche. Als ihr eine Firma im Nachbarkanton einen befristeten Einsatz von sechs Monaten anbietet, sagt sie zu. Doch nach der Hälfte dieser Zeit findet Maria eine feste Stelle und will den befristeten Vertrag kündigen.

Nur: Sie findet nirgends eine Kündigungsfrist.

GENAUE PRÜFUNG. Befristete Arbeitsverträge werden für eine bestimmte Dauer, auf ein bestimmtes Enddatum oder für einen bestimmten Zweck abgeschlossen. Weil das Ende der Anstellung klar ist, muss auch keine Seite kündigen. Das bedeutet aber auch, dass keine Seite vorzeitig kündigen kann.

Deshalb bleibt Maria Gasser nur eins übrig: Sie muss mit ihrer Chefin oder Ihrem Chef reden. Klappt das nicht, muss die Gärtnerin bleiben, bis ihre Anstellungszeit vorbei ist. Befristete Verträge enden auch dann zum vereinbarten Zeitpunkt, wenn Sie arbeitsunfähig sind. Ein Punkt aber ist sehr wichtig: Auch die Firma kann

FÜR BESCHRÄNKTE ZEIT: Auch wenn eine Firma Sie nur für eine bestimmte Dauer einstellt, lohnt sich eine genaue Prüfung des Arbeitsvertrages. FOTO: ISTOCK



bei der IV, Stillstand bei der zweiten Säule

die Renten

**WORKTIPP****MOVENDO-KURSE**

Mehr über das Schweizer System der Sozialversicherungen erfahren Sie bei Movendo, dem Bildungsinstitut der Gewerkschaften. Beispielsweise im Kurs «Rentenplanung: Welches Einkommen habe ich im Alter?» (Achtung: immer sehr schnell ausgebucht). Mindestens ein Kurs pro Jahr ist für Gewerkschaftsmitglieder kostenlos. Das aktuelle Programm finden Sie unter www.movendo.ch.

zent. Und das bleibt so. Die Altersguthaben werden somit weiterhin unterdurchschnittlich verzinst, obwohl Aktien und Immobilien erfreuliche Renditen abwerfen.

Hinterlassenen- und Invalidenrenten. Auch in der zweiten Säule (BVG) bleiben 2018 die Hinterlassenen- und Invalidenrenten unverändert. In der beruflichen Vorsorge gibt es ohnehin keinen gesetzlichen Anspruch auf eine Anpassung der

Die Krankenkassenprämien steigen im Schnitt um 5 Prozent.

Rente an die Teuerung. Die Pensionskassen verzichten denn auch flächendeckend darauf.

KRANKENVERSICHERUNG

Hier klettern die Prämien weiterhin in die Höhe – in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung

um durchschnittlich 4 Prozent, für Kinder gar um 5 Prozent. Die genaue Erhöhung hängt neben der Wahl der Krankenkasse auch vom Wohnkanton ab und kann zwischen 1,6 und 6,4 Prozent schwanken. Seit der Einführung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung sind die Krankenkassenprämien real auf das Doppelte gestiegen.

Neue Tarife. Die Tarmed-Tarife, nach welchen Spitäler, Ärztinnen und Ärzte abrechnen, sind ebenfalls neu. Für die Versicherten ändert sich damit nichts, aber die Anpassungen sollen künftig 470 Millionen Franken einsparen.

**ERGÄNZUNGSLEISTUNGEN
DROHENDE
KÜRZUNGEN**

Die Reformen in den Sozialversicherungen sind auch in diesem Jahr Thema im Parlament:

- Die Reform der Ergänzungsleistungen wird das Parlament weiterhin beschäftigen. Im Mai des letzten Jahres hat der Ständerat darüber beraten, nun ist die Vorlage im Nationalrat. Die parlamentarischen Kommissionen haben Abbaumassnahmen mit gravierenden Folgen für Senioren und Menschen mit Behinderung beschlossen. So wollen sie bei der Rückerstattung der Krankenkassenprämien sparen und die Vermögensfreibeträge bei der Berechnung der Ergänzungsleistungen kürzen. Der einzige Lichtblick: Die längst fällige Erhöhung der Beiträge an die Mieten könnte durchgesetzt werden.

- Das Parlament wird sich auch mit der Weiterentwicklung der IV befassen. Der Bundesrat sieht Handlungsbedarf bei Kindern und Jugendlichen mit Gesundheitsproblemen und bei psychisch Kranken. Geplant ist auch die Einführung einer linearen Rentenskala, die die heutigen Viertelsrenten ersetzen soll.

- Nach der Ablehnung der Vorlage «Altersvorsorge 2020» wird nun die Vernehmlassung über eine erneute Revision eröffnet. Der Bundesrat plant in einem ersten Schritt, die AHV zu revidieren und für eine Zusatzfinanzierung für die AHV zu sorgen. In einem zweiten Schritt soll die berufliche Vorsorge angegangen werden. (sib)

gelten andere Regeln Zeit: Das sind Ihre Rechte

Sie nicht vor Ablauf der verabredeten Frist entlassen.

Wenn in Ihrem Vertrag steht, dass Ihnen jederzeit gekündigt werden kann, Sie selbst aber an die Mindestlaufzeit gebunden sind, so ist das nicht zulässig. Für beide Seiten müssen die gleichen Kündigungsbedingungen gelten. Deswegen lohnt es sich, auch befristete Verträge genau anzuschauen:

- Gibt es eine Probezeit? Normalerweise ist das nicht vorgesehen. Wenn Ihr Vertrag aber länger als nur ein paar Wochen dauert, sollten Sie auf einer Probezeit bestehen. Sonst müssen Sie bleiben, selbst wenn es Ihnen nicht gefällt.

- Machen Sie eine vorzeitige Kündigungsmöglichkeit ab. Das ist oft auch im Sinne einer Firma – schliesslich hat kein

Chef und keine Chefin Interesse an Mitarbeitenden, die am liebsten nicht da wären. Sobald eine solche Kündigungsmöglichkeit drin ist, handelt es sich um einen «Vertrag mit maximaler Laufzeit». Auch dieser endet automatisch am vereinbarten Termin.

KETTENARBEITSVERTRAG. Sind Sie während der Laufzeit Ihres Arbeitsvertrages krank geworden oder verunfallt? Dann haben Sie nur dann Anspruch auf eine Lohnfortzahlung, wenn der Vertrag für länger als drei Monate gültig ist.

Wenn Sie nach dem Ablauf des Vertrags weiterarbeiten, dann wird daraus ein unbefristeter Vertrag – unabhängig davon, ob dies so vereinbart ist. Dies wollen einige Firmen ver-

hindern und bieten Ihnen einen weiteren befristeten Vertrag an. Passiert das mehrmals nacheinander, so ist das vermutlich ein nicht erlaubter Kettenarbeitsvertrag. Damit versuchen manche Betriebe, die Bestimmungen zum Schutz der Angestellten wie beispielsweise

Auch bei Unfall oder Krankheit enden befristete Verträge erst zur vereinbarten Zeit.

Lohnfortzahlungspflicht oder Kündigungsschutz zu umgehen. Zulässig sind solche Kettenarbeitsverträge ausschliesslich dann, wenn es für die Befristung sachliche Gründe gibt: Dies ist etwa bei Saisonarbeit der Fall.

RATGEBER**BÜCHER
ZUM THEMA**

Infos zu Arbeitsverträgen – ob nun befristet oder nicht – finden Sie hier:

Saldo-Ratgeber **Arbeitsrecht: Was Angestellte wissen müssen**, 2012, Fr. 32.–. Beobachter-Ratgeber **Arbeitsrecht: Vom Vertrag bis zur Kündigung**, 2011, Fr. 36.–. Und: Sie können sich jederzeit an Ihr zuständiges Unia-Sekretariat wenden.

saldo tipp im work

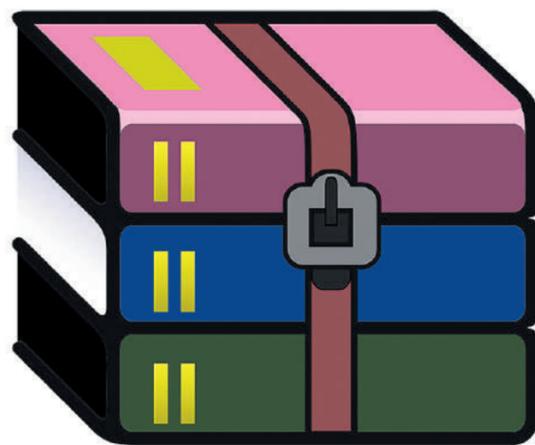
Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

So öffnen Sie Dateien mit der Endung «.rar»

Vielleicht haben Sie auch schon eine Datei mit der Endung «.rar» erhalten, konnten sie aber nicht öffnen. Dateien mit dieser Endung enthalten eine oder mehrere komprimierte Dateien unterschiedlicher Formate. Die Dateien werden platzsparend auf bis zu 10 Prozent der Originalgrösse verkleinert. Dies ist vor allem dann praktisch, wenn man grössere Dateien per E-Mail verschicken will. Rar steht, benannt nach seinem Erfinder Jewgeni Roschal, für Roshal ARchive. Bekannter als «.rar» ist die Dateierweiterung «.zip».

Mit «.rar» können Sie Dateien um bis zu 90 Prozent verkleinern.

GRATISPROGRAMM ZUM ÖFFNEN. Um eine rar-Datei zu öffnen, brauchen Sie eine spezielle Software. Ein praktisches und kostenloses Programm, das zudem auch weitere komprimierte Dateien wie beispielsweise «.zip» öffnen kann, ist «7-Zip». Sie können dieses Programm hier herunterladen: rebrand.ly/rar. Da es bei den rar-Formaten verschiedene Versionen gibt, kann es unter Umständen passieren, dass ein rar-Archiv nicht entpackbar scheint. In diesem Fall benötigen Sie eine neuere Version des Entpackprogramms. Nach der Installation von «7-Zip» klicken Sie die rar-Datei mit der rechten Maustaste an und wählen «Hier entpacken». Damit werden die enthaltenen Dateien in unkomprimierter Form aus der rar-Datei kopiert und daneben gespeichert. Achtung: Öffnen Sie rar-Dateien nur, wenn sie aus vertrauenswürdigen Quellen stammen. MARC MAIR-NOACK



DATENPAKET: Mit Programmen wie «7-Zip» können Sie grosse Dateien einfach verpacken, verschicken oder auspacken. FOTO: ZVG

Offener Brief des Mieterverbands Kein Abbau beim Mieterschutz

Geht es nach der Vermieterlobby, sollen Anfangsmietzinse kaum noch anfechtbar sein.

Während die Renten immer gleich bleiben (siehe links oben), steigen die Mieten Jahr für Jahr. Doch das reicht der gierigen Vermieterlobby nicht. Sie plant einen weiteren Abbau beim Mieterinnen- und Mieterschutz. Der Zürcher SVP-Nationalrat Hans Egloff will die Anfechtung des Anfangsmietzinses massiv einschränken.

ABSURD HOHE MIETEN. Heute können sich Mieterinnen dagegen wehren, wenn die Hauseigentümer bei einem Mieterwechsel den Zins erhöhen, ohne in die Wohnung zu inves-

tieren. Sie haben das Recht, den alten Mietzins zu erfahren. Geht es nach Hauseigentümerverbandspräsident Egloff, sollen Anfechtungen von überhöhten Mietzinsen kaum noch

Hauseigentümer wollen den Mieterschutz aushöhlen.

möglich sein. Egloff hat bereits neun weitere Vorstösse, die alle den Mieterschutz aushöhlen wollen, im Parlament eingereicht. Der Schweizer Mieterinnen und Mieterverband (MV) wehrt sich dagegen mit einem offenen Brief. (sib)

Hier können Sie den offenen Brief unterzeichnen: rebrand.ly/offenerbrief

workrätsel

Gewinnen Sie eine Übernachtung!



Gewinnen Sie eine Übernachtung mit Frühstücksbuffet für zwei Personen im See- und Seminarhotel Flora Alpina Vitznau LU mit einzigartigem Panoramablick über den Vierwaldstättersee.

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 2
Das Lösungswort lautet: LOHNGLEICHHEIT



Einsiedler	dessen Europa in work	weshalb ist sie so ungerecht, fragt work	8	Halbinsel im Nahen Osten	Krebs	größerer Raum in Schulen	wo der Prater mit Riesenrad steht	sie fiesst durch Strassburg	13	altes Getreide, m. d. Weizen verwandt	er arbeitet in Labor	Autokennzeichen v. Pruntrut	dort besucht man viele Tiere
er, in der Romandie		Streitkräfte		Hauschwein	Teigtaschen aus Italien		work über Arbeitszeit...	.a.d = Staat		griech. Kriegsgott	9	Nutztier, gut für Fleisch	Kürzel f. indogerm. Sprachen
brennbares Gas	vom Huhn gelegt			ohne Befund, Abk.	Ort für den Drink			schlimmes Rauschgift			12		Gas, dient auch für Leuchtröhren
Heirat			Zwergstaat in den Pyrenäen	Wildsau	Fachschulreife, kurz			was man in der Schule macht					
das Unbewusste	schwarzer Vogel				Meeresbucht			er u. die Smart-Shuttle (work)		traurig, meint ein Brite			Röcke, oberhalb des Knies endend
betörender Glanz	Tierkreiszeichen	Masseinheit der (elektr.) Leistung	Innenminister, Abk.	3	Personalpronomen	Atomart		work über MS ...: faule Ausreden	5	mineralische Masse			
Schlagader	Hauptstadt Saudi Arabiens	14	man sagt ihr auch Zitterpappel	Staat im Nahen Osten	vornehm, reinrassig	Schöpfergott bei Tolkien	ja, sagt der Italiener	Autokennzeichen von Spiez		engl.: Druckfarbe			K.k.s = Frühlingsblume
Zeltlager	Einwohner von Sardinien					Top-Level-Domain von Afghanistan	Stilgewässer	1		inneres Organ			
Rosa Zukunft über sie		10					Zugattung (Abk.)			älterer Teilhaber			
								Handlung			6	Schlucht	

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----

DEN PREIS, 500 Franken in Reka-Checks, hat gewonnen: Elisabeth Weber, Schliern bei Köniz BE. Herzlichen Glückwunsch!

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss: 23. Februar 2018

INSERAT

Rückerstattung der Solidaritätsbeiträge in der Maschinenindustrie

Alle Unia-Mitglieder, die in einer dem GAV MEM angeschlossenen Vertragsfirma beschäftigt sind, erhalten auch für das Jahr 2017 von ihrem Arbeitgeber den «Ausweis Solidaritätsbeiträge» ausgehändigt.

Dieser wird in den meisten Firmen der Lohnabrechnung von Januar oder Februar beigelegt. Ist dies nicht der Fall, kann der Beleg auf dem Personalbüro bezogen werden.

Bei diesem Dokument handelt es sich um ein «Wertpapier» das bestätigt, dass für das Jahr 2017 der Solidaritätsbeitrag von Fr. 60.- vom Lohn abgezogen wurde.

Unia-Mitglieder, die während des ganzen Jahres Mitglied sind und in einer dem GAV MEM angeschlossenen Firma gearbeitet haben, erhalten eine Rückerstattung von

Fr. 200.-

- Bei Verlust des persönlichen «Ausweises Solidaritätsbeiträge» gibt es keinen Ersatz, d.h. keine Rückerstattung mehr!
- Bitte Ausweis bis spätestens 31.12.2018 einlösen!

Alle Unia-Mitglieder können den «Ausweis Solidaritätsbeiträge» persönlich auf dem für sie zuständigen Unia-Sekretariat abgeben oder per Post zustellen (unbedingt Postscheck- oder Bankkonto angeben).

Bei Problemen in dieser Angelegenheit bitten wir alle Kolleginnen und Kollegen, sich umgehend beim zuständigen Sekretariat ihrer Unia-Region/Sektion oder beim Unia-Zentralsekretariat in Bern zu melden.



UNIA

WORKLESERFOTO



«Botzenrössli»

WANN 7. Februar 2018
 WO Appenzell
 WAS Alter Fasnachtsbrauch in Appenzell
 Eingesandt von Urs Oskar Keller,
 Landschlacht am Bodensee TG

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
 Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST

WORK 2 / 2.2.2018: SGB – GIBT ES 2019 WIEDER EINEN FRAUENSTREIK?

Frauenkongress

Mit grosser Erwartung habe ich auf eine ausführliche Berichterstattung zum SGB-Frauenkongress gewartet. Ich bin masslos enttäuscht, dass der zweitägige Kongress nur so am Rande erwähnt wurde. Wenn das die Wichtigkeit der Frauenanliegen in der Gewerkschaft widerspiegelt, muss Mann sich nicht wundern, dass nicht mehr Frauen aktiv in der Gewerkschaft mitmachen wollen.

DORETTA BALLI-STRAUB, LANGENTHAL BE
 VIZEPRÄSIDENTIN IG FRAUEN UNIA BERN / OAE / BEO

work berichtet regelmässig über die Themen, die am SGB-Frauenkongress besprochen wurden: Lohngleichheit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Care-Arbeit.

WORK 2 / 2.2.2018: MS DIRECT – NEUE TRICKS UND FAULE AUSREDEN

Ohne Menschen kein Erfolg

Die MS Direct war einmal ein sehr loyales und gutes Unternehmen. Jahrelang wurde sehr viel Wert auf Qualität gelegt. Meiner Meinung nach hätte der heutige Chef Milo Stössel das Unternehmen seines Vaters nach dem gleichen Prinzip weiterführen sollen: das heisst mit Herz und Verstand. Er vernachlässigte den Teil des Unternehmens, der einen grossen Teil des Umsatzes ausmachte und investierte in Projekte, bei denen er Geld und nicht die Menschen dahinter gesehen hat. Doch ohne die Menschen hinter den Maschinen ist der Erfolg aussichtslos. Ich war fast 9 Jahre im Unternehmen. Nachdem ich gekündigt hatte, sagte mir die Geschäftsleitung nicht einmal mehr guten Tag.

VIA WEBSITE / NAME DER REDAKTION BEKANNT

WORKFRAGE VOM 2.2.2018

Was halten Sie von der No-Billag-Initiative?



Blocher profitiert

Die No-Billag-Initiative finde ich völlig überzogen und gefährlich. Eine Annahme würde faktisch das Ende der öffentlich-rechtlichen SRG bedeuten. Aus heiterem Himmel kommt die Initiative jedoch nicht. Unter dem Strich ist dies die Quittung der jahrelangen Blockadepolitik seitens der SRG. Statt Konzessionen zu machen auch gegenüber den privaten Medienanbietern hat sich die SRG immer weiter ausgebreitet. Bei der No-Billag-Initiative geht es jedoch vor allem darum, die SRG als öffentlich-rechtliches Medienunternehmen zu zerschlagen. Aufhorchen sollte vor allem die Stellungnahme von Christoph Blocher zugunsten der

Initiative, da er als privater Medienunternehmer vor allem seine publizistische Machtbasis ausbauen könnte. Ich will keinen Milliarden-Medienmarkt à la Italien oder Frankreich.

Riskantes Spiel

Die No-Billag-Initiative ist ein schlecht durchdachtes, riskantes Spiel. Natürlich kann nicht nur die SVP etwas am Schweizer Fernsehen bemängeln, sondern wohl jeder von uns. Den einen hat es zu viel Ländlermusik, den andern zu wenig, viele wollen weniger Werbung. Aber am 4. März geht es nicht um die Qualität von Radio und Fernsehen, sondern, ob wir überhaupt noch

ein gesamtschweizerisches Fernsehen samt Radio wollen. Wehren wir uns gegen die knauserigen Sparfanatiker der Jungfreisinnigen und der SVP!

MARTIN A. LIECHTI, MAUR ZH

Manchmal ist es ganz einfach

Manchmal können Abstimmungsentscheidungen ganz einfach sein: wenn ich sehe, was für Figuren für die No-Billag-Initiative weibeln, dann muss ich am 4. März einfach Nein sagen.

ANGELIKA STRUB, AARAU

Plan B wie bescheuert

«Das Ziel der No-Billag-Initianten ist klar: Sie will die SRG zerschlagen. Denn nichts anderes geschieht mit einem Unternehmen, dem man auf einen Schlag 75 Prozent der Einnahmen entzieht. Doch weil die SRG eben doch beliebter ist, als diese Marktradikalen meinen, zaubern sie und ihre Unterstützer vom Gewerbeverband Pläne B aus dem Hut wie die Zauberer im Zirkus Kaninchen aus dem Zylinder. Während der Gewerbeverband unüberprüft aus einer «Weltwoche»-Kolumne abschrieb, entwarfen die Initianten «Szenarien», deren Zahlen schon auf den ersten Blick nicht funktionieren können. Als Tüpfchen auf dem i kommt trotzdem keines ohne staatliche Subventionen aus. Doch genau dies

will ja die Initiative verbieten. Halten uns die No-Billag-Initianten für verblödet, oder sind sie einfach verzweifelt? Wie auch immer: ihr Plan B steht für B wie bescheuert! Darum Nein am 4. März!

HANSPETER MÜLLER, BASEL

Trotz Ärger sag ich Nein

Natürlich habe ich mich schon über SRG-Sendungen geärgert. Besonders über die Manie des Deutschschweizer Fernsehens, zu jedem SVP-Furz eine «Arena» zu machen. Oder über die manchmal doch sehr einfältigen Abendshows. Von manchen nervensägenden Sportreportern wollen wir nicht reden. Doch würde bei einer Annahme der Initiative etwas besser? Nein, im Gegenteil! Da droht SVP-Programm rund um die Uhr (weil die es sich leisten können). Da winkt Doof-TV rund um die Uhr (weil anderes nicht zu finanzieren ist). Und da bezahle ich für meine Lieblingssportarten Fussball und Eishockey locker das Vierfache von dem, was ich für die heutigen Gebühren von der SRF bekomme. Also: Ärgern ja, schimpfen auch – aber auf jeden Fall Nein stimmen zu No Billag!

GREGOR ABGOTTSPON, ZÜRICH

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an **work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern**

workquiz ?

Wie gut sind Sie?

1. Haarig
 Wie heisst der Coiffeur-Unternehmer, der die Angestellten um den Lohn prellt?

- a) Fernando Grosi
- b) Fernando Tanti
- c) Fernando Vati
- d) Fernando Mutti

2. Garstig
 Was ist Blocher in Sachen Landesstreik?

- a) Ein Geschichtsverdreher
- b) Ein Geschichtsverdreher
- c) Ein Geschichtsverdreher
- d) Ein Geschichtsverdreher

3. Farbige
 Wie wird das Ergebnis der Wahlen in Italien ausfallen?

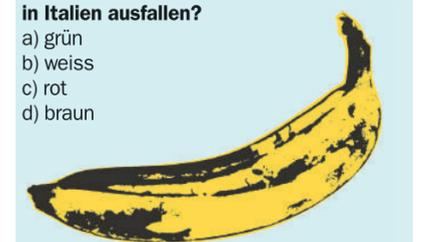
- a) grün
- b) weiss
- c) rot
- d) braun

4. Lustig
 Was ist gelb und kann keinen Gewinn machen?

- a) Eine selbstverwaltete Banane
- b) Eine ausgepresste Zitrone
- c) Eine Vollgelb-Amsel
- d) Ein subventioniertes Postauto

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1.d, 2.a-d, 3.d, 4.d



RALPH WICKI**EIN LEBEN FÜRS RADIO**

Ralph Wicki (*1961) wuchs in Luzern auf. Nach der Matura versuchte er sich in verschiedenen Studienrichtungen, fand alles interessant und konnte sich doch für nichts richtig begeistern. Er wechselte von Medizin zu Medien, dann zu Politologie und Literatur. 1987 absolvierte er ein Praktikum beim Berner Lokalradio Extra Bern. Da machte es Klick, und das Radiovirus packte ihn. Sein halbes Leben hat er nun bei verschiedenen Radios verbracht. Zuletzt war er Musikchef vom damaligen DRS1. Nach einem Abstecher in die Privatwirtschaft und dem Versuch, einen Plattenvertrieb aufzubauen und ein Label zu gründen, kehrte er vor vier Jahren wieder zurück zu SRF1, wo er seither den Nachtclub moderiert.

BESCHEIDEN. Er habe anfangs weniger verdient als die Moderatoren am Tag, erzählt er, dann habe er sich gewehrt. Viel benötigt er aber nicht zum Leben: «Ich brauche einfach mein GA und genug, um die Rechnungen zu bezahlen.» Eigentlich leiste er sich neben der Arbeit nur noch einen Luxus: einmal im Jahr Ferien auf einer kleinen Insel in Thailand. Während der Woche lebt Wicki in Zürich, am Wochenende ist er in der Nähe von Bern bei seiner Freundin.



Ralph Wicki (57), Moderator Nachtclub auf SRF1

Hundert Prozent authentisch

Er liebt die Menschen, und er hat den Kopf voller Musik. Den Nachtclub moderieren zu dürfen mache ihn zum glücklichsten Menschen in der ganzen SRG, sagt Ralph Wicki.

SABINE REBER | FOTOS NICOLAS ZONVI

Auf die Frage, was denn schwierig sei an seinem Job, fährt sich Wicki gedankenverloren durch die Mähne, kneift die leuchtend blauen Augen zusammen und sagt dann: «Vor technischen Pannen habe ich Respekt. Wenn ein Trailer nicht läuft oder gar die Nachrichten mal nicht sofort kommen, da werden ich nervös!»

Aber seine grösste Angst sei, dass mal niemand anrufen würde, erzählt er beim Kaffee am Sonntagnachmittag in Bern. Vor jeder Sendung schreibt er rund 15 Seiten Text auf, Anekdoten aus seinem eigenen

Leben und alles, was ihm zum jeweiligen Thema einfällt. Wenn er dann kurz vor 22 Uhr den Senderaum betritt, dimmt er erst mal das Licht und macht es sich gemütlich. Setzt sein Lämmchen auf den Tisch; das Stofftier ist seit vielen Jahren sein Maskottchen und immer mit auf Sendung. Wicki ordnet seine Zettel, sammelt seine Gedanken.

KEINE MINUTE LANGWEILIG. Radiomachen, das sei wie Meditieren, sagt er und streicht sich eine Strähne aus dem Gesicht, «sobald ich auf Sendung gehe, lebe ich voll und ganz im Moment. Ich habe jeweils keine Ahnung, wer anruft, ich weiss nie, was kommt.» Ihm sei auch nach über 550 Sendungen noch keine Minute langweilig geworden bei der Arbeit. Und die vielen Notizen, die habe er übrigens noch gar nie

gebraucht. Aber ohne Manuskript auf Sendung zu gehen, das würde er sich nicht getrauen. Inzwischen hat er über zwei Meter Bundesordner mit ungebrauchten Sendungsmanuskripten.

Dass es nie langweilig wird, würde ja schon reichen, um seine Arbeit als Traumjob zu bezeichnen. Aber das Beste, so schwärmt der quirlige Luzerner, das Allerbeste an seiner Arbeit sei die Musikanlage. Er sei ja jeweils nachts ganz alleine im Radiostudio in Zürich. Wenn dann ein geiler Song komme, dann drehe er die Lautstärke voll auf, «die Boxen im Studio, die sind besser als in jeder Disco!»

Auch bei der Musikauswahl nimmt sich Wicki einige Freiheiten heraus, obwohl er das strenggenommen gar nicht tun dürfte. Normalerweise wird die Musik von der Musikredaktion zusammengestellt. Aber während eines Gespräches gehe ihm manchmal ein Song zum Thema durch den Kopf, dann suche er den spontan heraus.

Und es kommt öfter mal vor, dass Wicki genau das passende Lied in den Sinn kommt. Denn Musik ist neben Radiomachen seine zweite Leidenschaft. Allein auf dem Laptop hat er über 300 000 Songs gespeichert, und in seiner Sammlung befinden sich 15 000 Platten und 30 000 CDs. Und welches ist seine Lieblingsplatte? Da muss Wicki nicht lange überlegen: «Dark Side of the Moon von Pink Floyd – mein Lieblingssong aller Zeiten ist Time». Ah, Musik, Musik und Menschen», schwärmt er, «beim Radio habe ich wirklich alles, was mir wichtig ist!» Was Wicki ausserdem gefällt an seinem Job: für einige Stunden

«nicht gesehen zu werden, das macht auch die Leute freier, die mich in die Sendung anrufen. In der Nacht sind die Menschen sowieso offener und authentischer. Das gefällt mir, das Ungefilterte, Ehrliche. Ich selber verstelle mich ja auch nicht.»

IMMER WIEDER BAFF. Oft staune er, wie alt die Menschen seien, die ihn anrufen: «Die Art, wie sie reden, wie fit der Geist und die Stimme sind, da bin ich immer wieder baff, wenn sie dann ihr Alter nennen.» Neulich habe eine Frau offen über Sex und ihre Beziehung zu einem jungen Mann geredet, da sei er total überrascht gewesen, als sie sagte, sie sei 82 Jahre alt. Überhaupt sei es für die Leute befreiend, reden zu können, ohne gesehen zu werden. Er lacht, ihm gehe das ja selber so: «Die Leute sehen meine langen Haare und die Tattoos und denken vielleicht, ich sein ein Wilder. In der Nacht kann ich das ablegen, da bin ich nur Stimme, hundert Prozent ehrlich und authentisch.» Und sein Erfolgsgeheimnis am Radio sei ganz einfach: «Ich nehme alle Menschen ernst!»

Dreimal in der Woche begleitet er seine rund 200 000 Hörerinnen und Hörer in den Schlaf beziehungsweise durch ihre Nachtschicht, falls sie in der Zeit von 22 Uhr bis ein Uhr früh arbeiten. Diese Arbeitszeit komme auch seinem persönlichen Rhythmus entgegen. «Ich könnte nie am Morgen arbeiten!» gesteht Wicki, «ich war immer ein Einzelgänger, und in der Nacht, da sind meine Freunde, die Gleichgesinnten, wach. In der Nacht, da geht es um Gefühle und Geschichten, die sonst keinen Platz haben.»



TREUER BEGLEITER: Im Radiostudio ist Ralph Wickis Lamm immer dabei und unterstützt ihn bei der Moderation seiner Nachtsendung.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincgau@workzeitung.ch; Sabine Reber, sabinereber@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Peter Bodenmann, Sina Bühler, Oliver Fahrni, Stefan Keller, Andreas Rieger, Clemens Studer, Johannes Supe, Anne-Sophie Zbinden, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Tom Hänsel **Korrektur** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Gossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Cebeco GmbH, Weberstrasse 66, 8134 Adliswil, Telefon 044 710 19 91, 044 709 19 20, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. **Übrige Abonnenten:** Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 92 416 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.